

Vergleich der Wahlprogramme der Parteien zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 2011 zu ausgewählten Themengebieten

Liberales Institut der Friedrich-Naumann-Stiftung
Potsdam/Berlin, Februar 2011

Bearbeitet von Thomas Volkmann

Verwendete Dokumente:

Stabilität, Kompetenz, Tatkraft. Regierungsprogramm der CDU Sachsen-Anhalt 2011-2016
<http://cdulsa.eckpunkt.de/ftp/PDF/Regierungsprogramm2011-2016.pdf>

Klare Ziele. Sichere Wege. Unser Programm für ein starkes und gerechtes Sachsen-Anhalt. Programm der SPD Sachsen-Anhalt zu den Landtagswahlen am 20. März 2011
<http://www.spd-sachsen-anhalt.de/files/wahl2011/wahlprogramm2011.pdf>

Mit Leidenschaft für Sachsen-Anhalt. Regierungsprogramm der FDP Sachsen-Anhalt 2011-2016
http://www.fdp-lsa.de/uploads/media/Regierungsprogramm_2011_bis_2016.pdf

Zukunftsprogramm. Grüne in den Landtag. Landtagswahlprogramm 2011 Bündnis 90/ Die Grünen Sachsen-Anhalt
<http://www.sachsen-anhalt.gruene-partei.de/cms/default/dokbin/349/349209.zukunftsprogramm.pdf>

Ein Land für alle! Wahlprogramm der Partei Die Linke Sachsen-Anhalt zur Landtagswahl 2011
http://www.dielinke-sachsen-anhalt.de/fileadmin/download/Landtagswahl2011Wahlprogramm/LTW_Programm.pdf

	CDU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke
Wirtschaft, Arbeit, Finanzen	<p>Konzentration der knappen Haushaltsmittel auf die Weiterentwicklung von Branchen und Unternehmen mit Hauptsitz in Sachsen-Anhalt jenen mit großen technologische Entwicklungspotenzialen; weiterer Ausbau der Zusammenarbeit von Unternehmen und Hochschulen; Weiterentwicklung der bestehenden Cluster, z.B. in Auto- und Solarindustrie, Chemie oder Biotechnologie;</p> <p>Einsatz der von Zweckbindung frei werdenden Fördermittel in Forschung und Entwicklung innovativer Techniken;</p> <p>Berufsausbildung; Bekenntnis zur dualen Berufsausbildung; wirksame Unterstützung von Mittelstand und Handwerk; Ausrichtung der beruflichen Bildung so eng wie möglich an der Lebenswirklichkeit; grundsätzliche Ablehnung einer Ausbildungsplatzabgabe, Förderung von Ausbildungsverbänden;</p> <p>Regelmäßige Erfolgskontrolle der Leistungen von Lehrenden und lernenden in den Berufsschulen; flexiblere Berufsausbildung auf Modulbasis, die sich den Anforderungen der Wirtschaft zeitnah anpassen kann;</p> <p>Mittelstand im Zentrum der Wirtschaftspolitik; Eigenkapitalquote der Betriebe erhöhen;</p> <p>Wachstumsimpulse für die Wirtschaft durch nachhaltige Investitionen, etwa durch Mobilisierung →</p>	<p>Effektive und effiziente Wirtschaftsförderung; gezielte Förderung von Wirtschaftsklustern; Prüfung bestehender Förderprogramme auf ihre Wirksamkeit, gegebenenfalls Anpassung und Erleichterung der Nutzung für Unternehmen; besonderer Schwerpunkt auf Unternehmen, die nachhaltig wirtschaften;</p> <p>stärkere Kooperation von Wirtschaft und Wissenschaft; Optimierung des Wissens- und Technologietransfers von Hochschulen und Forschungseinrichtungen zu Unternehmen; Ausbau von Forschungsnetzwerken; bei Existenzgründungen Förderung vor allem von technologieorientierten Unternehmen;</p> <p>Reduzierung bürokratischer Hürden für Existenzgründungen; gezielte und passgenaue finanzielle Unterstützung für Gründungsvorhaben im Bereich innovativer Technologien; umfassender Bürokratieabbau; Überprüfung von bestehenden Rechtsvorschriften und Regelungen, Entwicklung eines Maßnahmenkatalogs zur Entbürokratisierung; Überarbeitung der landesspezifischen vor den verstärkten Einsatz erneuerbarer Energien, Ausrichtung auf die Entwicklung einer neuen mittelständisch geprägte Energiewirtschaft;</p>	<p>Ziele: Bürokratieabbau, Deregulierung, Förderung wachstumsträchtiger Innovationen, Deckung des Fachkräftebedarfs; konstanter und zielgerichteter Ausbau des industriellen Bestandes von Unternehmen, weitere Förderung neuer innovativer Technologien; Fokussierung auf wirtschaftliche Schwerpunktcluster;</p> <p>Unterstützung für alle Tarifpartner, Anreize für zusätzliche Ausbildungsplätze und neue Ausbildungsmodelle zu schaffen; "Bausteinprinzip" der beruflichen Aus-, Fort- und Weiterbildung;</p> <p>Abschaffung der Gastschulbeiträge der Berufsbildenden Schulen, Ersetzung durch eine Landesfinanzierung; bei Bedarf auch Ermöglichung der Gründung von Berufsakademien, Lösungen suchen mit Freien Trägern und den gewerblichen Kammern;</p> <p>Verbesserung der Perspektiven des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung über den beruflichen Bildungsweg;</p> <p>Ausweitung der Schulpraktika zur Berufsorientierung und verstärkte Thematisierung der Berufswahl im Unterricht; Einführung einer an die lokale Arbeitsagentur und die Kammern angeschlossenen "Ausbildungsbrücke" als Schieds- und Beratungsstelle bei Problemen zwischen Ausbildungsbetrieb und Auszubildenden;</p>	<p>Förderung zukunftsfähiger, innovativer Unternehmen; weitere Stärkung der bestehenden wirtschaftlichen Schwerpunkte des Landes, ständige Förderung und Ausbau der Kapazitäten und Kooperationen im Bereich Forschung und Entwicklung; gezielte Unterstützung von Arbeitsplätzen in den Dienstleistungsbereichen Handwerk, Gesundheit, Pflege, Tourismus und Bildung; Sicherung eines führenden als Land der erneuerbaren Energien auch in der Entwicklung der Elektromobilität, Schaffung der dafür benötigten Infrastruktur in Modellregion; Entstehung von zukunftsfähigen Jobs in Solar- und Windanlagenindustrie, im Handwerk, in Gesundheit und Pflege, in der Tourismusbranche und in der Bildung;</p> <p>Wirtschaft und Umwelt gemeinsam denken; Rohstoffe mit der im Gesetz vorgesehenen Förderabgabe belegen; auf die strikte Einhaltung von Arbeitsmarkt-, Sozial- und Umweltstandards achten; ökologisch verantwortungslose Unternehmen nicht weiter mit staatlichen Mitteln unterstützen;</p> <p>Gute Arbeit fair bezahlen; Knüpfung öffentlicher Aufträge und Fördermittel an soziale Bedingungen; Stärkung von Tarifverträgen und Tarifpartnern; Verankerung fairer Standards in der Auftragsvergabe;</p>	<p>Besser zielgerichtete Ausrichtung der wirtschaftspolitischen Ressourcen auf den Ausbau der vorhandenen Potenziale; Neuausrichtung der Fördermittelvergabe für einen Einstieg in den sozial-ökologischen Umbau des Wirtschaftssystems, um Wachstum und Ressourcenverbrauch zu entkoppeln;</p> <p>Fördermittelvergabe sollte nicht nur mit Blick auf die betriebswirtschaftlichen Effekte eines Unternehmens, sondern auf die volkswirtschaftlichen Effekte für das Land erfolgen;</p> <p>Ausbau bestehender und Entwicklung neuer Netzwerke, auch über die Landesgrenzen hinaus, zur Verstärkung der regionalen Wirtschaftskreisläufe, zur Erhöhung der Fertigungstiefe und des Wertschöpfungsanteils in der Region sowie zur branchenübergreifenden Kooperation; Ausbau der regionalen anstatt der logistisch geprägten Wertschöpfung;</p> <p>gezielter Einsatz von entsprechenden Landesmitteln für Erforschung und Entwicklung innovativer Produkte der klein- und mittelständischen Wirtschaft des Landes und zur Sicherung der Rohstoffbasis durch die Gewinnung neuartiger Rohstoffe auf der Basis von Biomasse und Kohle;</p> <p>Förderprogramme ab 2014 stärker auf Beschäftigte als auf Unternehmen konzentrieren;</p>

CDU

SPD

FDP

Grüne

Die Linke

Wirtschaft, Arbeit, Finanzen (Forts.)

← von privatem Kapital für die Modernisierung der öffentlichen Infrastruktur; Vorrang der privaten Leistungserbringung; Sicherstellung, dass öffentliche Aufträge mittelstandsfreundlich in Teil- und Fachlose zerlegt werden; Steuerpolitik, die wirksame Anreize für kleine und mittlere Unternehmen schafft, vermehrte Eigenkapital zu bilden; Bündelung und Weiterentwicklung landeseigene Einrichtungen, Instrumente und Programme zur Wirtschaftsförderung; Stärkung der Position der Investitionsbank; Bindung der Förderung bei Ansiedlungs- und Erweiterungsvorhaben von Unternehmen an die Schaffung von Arbeitsplätzen; konsequente Anwendung des Mittelstandsförderungsgesetzes; kompromisslose Bekämpfung der Schattenwirtschaft; steuerliche Gleichstellung von Personen- und Kapitalgesellschaften; Erleichterung der Unternehmensnachfolge; Arbeitsmarkt: höchste Priorität für die Schaffung von sozialversicherungspflichtigen, auskömmlich bezahlten Arbeitsplätzen; faire Löhne, aber vom Staat festgelegte Mindestlöhne können keine Familien aus der Hilfebedürftigkeit befreien; Stärkung der Tarifpartner und deren Organisationen;

Weiterentwicklung des Standortmarketings; Verbesserung der Kooperation zwischen der Wirtschaftsförderung des Landes und den Kommunen; Erhöhung der Exporte innovativer Produkte; Intensivierung des Dialogs mit den Unternehmen und von Branchengespräch; Handwerk stärken, Selbständigkeit fördern; Verbesserung der Zahlungsmoral, dabei muss die öffentliche Hand eine Vorreiterrolle einnehmen; Unterstützung für die Fortführung von Betrieben durch junge Handwerker bzw. Meister; Verstärkung des Technologietransfer zwischen Handwerksunternehmen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen; handwerksgerechte Ausschreibung und Vergabe von öffentlichen Bau- und Dienstleistungen; Vornahme von Teilausschreibungen nach Gewerken; Stärkung des dualen Ausbildungssystems im Interesse des Handwerks; Arbeit: fairer Lohn für gute Arbeit; Vorgehen gegen den Missbrauch von Zeit- und Leiharbeit; flächendeckende gesetzliche Mindestlöhne von 8,50€; Vorrang für branchenbezogenen Mindestlöhne, wenn sie über dem Mindestlohn liegen; Ausweitung des Entsendegesetzes über die bisherigen Branchen hinaus;

Unterstützung der verstärkten Einführung von berufsbegleitenden Masterstudiengängen; Einhaltung des Lohnabstandsgebotes bei Unterstützungsmaßnahmen, Ablehnung der Einführung von staatlich festgelegten flächendeckenden Mindestlohn; flexible Lösungen, die es den Menschen ermöglichen, in freier Entscheidung ihrer Rentenansprüche ab einer gewissen Zahl von Jahren geltend zu machen und umfassendere Hinzuverdienstmöglichkeiten zu nutzen; Absenkung der Einstellungsbarrieren durch Flexibilisierung der Arbeitsmarktgesetzgebung, Innovationen: Stärkung außeruniversitärer Forschungseinrichtungen, Übertragung der Zuständigkeit auf das Wirtschaftsministerium; stärkere Förderung von Investitionen in innovative Technologien, auch Biotechnologie einschließlich der grünen Gentechnik; Straffung der Vielzahl an Förderprogrammen; Ermöglichung von Mischfinanzierungen für Innovationsvorhaben; vorrangige Förderung von betrieblichen Investitionen über zinsgünstige Darlehen; Mittelstand wieder ins Zentrum der Wirtschaftspolitik rücken; Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Meisterausbildung,

gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 € pro Stunde als Lohnuntergrenze, Durchsetzung höherer Mindestlöhne in möglichst vielen Branchen; zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit Arbeit an die Leistungsfähigkeit der einzelnen Altersstufen und dem so erworbenen Erfahrungsschatz der Menschen anpassen; Unterstützung aller sinnvollen Modelle der Arbeitszeitumverteilung; ehrliche Erfolgskontrolle der Maßnahmen aktiver Arbeitsmarktpolitik; Stärkung von Zukunftsbranchen, unternehmensnaher Forschung und Entwicklung, regionaler Kooperationen sowie der bedarfsgerechten Aus- und Weiterbildung; beschäftigungswirksame Neuinvestitionen in kleinen und mittleren Unternehmen; Unterstützung der Kommunen darin, bei der Ansiedlung von Unternehmen noch mehr zu kooperieren statt zu konkurrieren; Ansiedlung größerer Unternehmen gezielt in Städten, Nutzung bestehender und Erschließung neuer Gewerbegebiete auf Industriebrachen; Handwerk stärken: Bündelung bestehender Förderprogramme, Einführung einer Förderrichtlinie zur gezielten Unterstützung regional tätiger Unternehmen;

Deutliche Erhöhung des Anteils von zinsgünstigen Darlehen anstatt verlorener Zuschüsse; Beförderung einer erweiterten Inanspruchnahme der aus öffentlichen Mitteln gespeisten revolvingierenden Fonds über die Investitionsbank; Änderung der Kriterien für die Fördermittelvergabe hinsichtlich des Zuwachses an Arbeitsplätzen, Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten, familienfreundlicher Arbeitsbedingungen und Einkommen sowie des verminderten und nachhaltigen Verbrauchs an Energie und Rohstoffen; Einrichtung eines Nachhaltigkeitsbeirates; Arbeit: Bindung der Vergabe von öffentlichen Aufträgen an konkrete ökologische Standards und an Tarifvereinbarungen oder einen Mindestlohn; neues Vergabegesetz für öffentliche Aufträge, das in den Bereichen Tariftreue, Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann, umweltverträgliche Beschaffung sowie Kontrollen und Sanktionen verbindliche Regelungen enthält; Festschreibung einer Mindestentlohnung von 8,50 € pro Stunde; bis 2016 zusätzlich mindestens 1200 Neueinstellungen im Landesdienst; Realisierung von 1700 Neueinstellungen von Vollzeit-Lehrkräften; schrittweise Erhöhung der Kapazität im →

Wahlprogramme der Parteien in Sachsen-Anhalt 2011

	CDU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke
Wirtschaft, Arbeit, Finanzen (Forts.)	<p>Bürgerarbeit auch in Zukunft ein Bestandteil der aktiven Arbeitsmarktförderung; Senkung der Lohnkosten für die Unternehmen; gleichzeitig durch Anwendung der Allgemeinverbindlichkeitserklärung und des Arbeitnehmerentsendegesetzes Unterstützung für faire Löhne; entschiedene Ablehnung eines generellen Niedriglohnssektors Ost; Setzung von wettbewerbskonformen Anreizen für Arbeitsvermittler, Bildungsträger, Beschäftigungsgesellschaften und sonstige Einrichtungen im Sinne einer erfolgreichen Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt; Konzentration und möglichst effiziente Einsatz der Förderinstrumente im Rahmen der aktiven Sozialhilfe; permanente Wirtschaftlichkeits- und Erfolgskontrolle für alle arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Instrumente und Maßnahmen; stärkere Integrierung der Kommunen in den Prozess der Arbeitsvermittlung; Verkürzungen von Studien- und Ausbildungszeiten; Abschaffung von Frühverrentungsanreizen, Ermöglichung freiwilliger Arbeit über das gesetzliche Renteneintrittsalter hinaus; Bürokratieabbau: Überprüfung aller Rechtsvorschriften daraufhin, ob sie noch sinnvoll und notwendig sind; Vereinfachung und Be- →</p>	<p>Vergabegesetz mit Tariftreueklausel; Wiedereinführung des Synchronisationsverbots; Begrenzung der konzerninternen Verleihung; gesetzliche Regelung von Dauer, Bezahlung und Anzahl von Praktika; Schaffung von 5000 Stellen für Bürgerarbeit zur Integration Langzeitarbeitsloser in einen gemeinwohlorientierten sozialen Arbeitsmarkt; Weiterführung der Programme zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund, beruflichen Teilhabe für Menschen mit Behinderungen und Wiedereingliederung von Berufsrückkehrern und Alleinerziehenden; Weiterentwicklung und Förderung der Berufsbildenden Schulen; Verstärkung der Maßnahmen zur Berufsorientierung; Gemeinsame Initiative mit der Wirtschaft, um der Abwanderung junger Menschen entgegenzuwirken; Rückkehrern soll der Neubeginn erleichtert werden; Nutzung vorhandener ESF-Mittel des Bundes für die branchen- und betriebsbezogene Weiterbildung; Wiedereinführung des Bildungsfreistellungsgesetzes; Förderung der Erwachsenenbildung; aktive Bekämpfung der Schwarzarbeit; Stärkung von Betriebs- und Personalvertretungen und deren Mitbestimmung;</p>	<p>Unternehmen mit Jahresumsatz bis 3.000.000 € sollen Umsatzsteuer nicht schon mit Rechnungslegung, sondern erst bei tatsächlichem Zahlungseingang an das Finanzamt abführen können; Verbesserung der Innovationsförderung für Handwerksbetriebe;</p>	<p>weiterer Bürokratieabbau; vereinfachte Gesetze und Verordnungen, zügigere Bewilligungsverfahren, Abbau von Doppelprüfungen und Doppelgenehmigungen; Unternehmensgründung: besserer Zugang zu Kleinkrediten; zentrale Gewerbeansprechpartner, die alle Anmeldungen aus einer Hand erledigen, in allen Landkreisen; Stärkung der unternehmensnahen Forschung; gezielte Ansiedelung und Ausgründung von technologie- und wissenschaftsorientierten Unternehmen im Umfeld von Universitäten, Fachhochschulen und Instituten; Förderung der Patentanmeldung und der wissenschaftlichen Auswertung von Patenten; verstärkte Einbindung von Praktikern aus Unternehmen in die Lehre, Deckung des Weiterbildungsbedarfs der Unternehmen durch praxisnahe (Fach)Hochschuleangebote; Modernisierung der Strukturpolitik, Anpassung der Fördersysteme an die neuen Anforderungen;</p>	<p>← Polizeivollzugsdienst auf 300 Plätze pro Jahrgang; Übernahme aller, die erfolgreich eine Ausbildung im Landesdienst abgeschlossen haben; Verwirklichung des Einstiegs in den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor mit Mindestlohn; Schaffung von 5000 Arbeitsplätzen in diesem Bereich; Einsatzfelder im Sozialbereich, in der Betreuung von Kindern und Jugendlichen, in der Landschaftspflege, im Freizeitsport, in der Unterstützung der Arbeit von Vereinen und im kulturellen Bereich; Vergütung nicht unter einen Mindestlohn von 8,50 €; Begründung von Beschäftigungsverhältnissen, die außerhalb von Hartz IV sozialversicherungspflichtig und bis zu einer Laufzeit von drei Jahren angelegt sind;</p>

Wahlprogramme der Parteien in Sachsen-Anhalt 2011

	CDU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke
Wirtschaft, Arbeit, Finanzen (Forts.)	<p>← schleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren; Vereinfachung von bestehenden Förderinstrumenten; Beschränkung aller statistischen Erhebungen von Landesbehörden in den Unternehmen und Kommunen auf das notwendige Maß;</p> <p><u>Finanzen:</u> schnellstmögliche Rückkehr zu einem schuldenfreien Haushalt, Tilgung der aufgelaufenen Schulden;; Verankerung der Schuldenbremse in der Landesverfassung;</p> <p>bis spätestens 2020 Schaffung einer Haushaltsstruktur, die dauerhaft ohne neue Schulden auskommt; einfacheres und Transparente Steuersystem; aber: für Steuersenkungen derzeit kein nennenswerter Spielraum;</p> <p>Einrichtung einer Haushaltsstrukturkommission; konsequente Aufgabenkritik und Konzentration der Politik auf staatliche Kernaufgaben;</p> <p>strategische Haushaltssteuerung; Verwendung von Mehreinnahmen grundsätzlich zur vorzeitigen Schuldentilgung; weiter konsequente Verringerung von Verwaltungskosten; Einsatz neuer Steuermethoden;</p>	<p>Beschäftigungspolitik, die alle Altersgruppen gleichberechtigt einbezieht; altersgerechte Arbeitsgestaltung und betriebliche Gesundheitsförderung und Prävention; Förderung der Beschäftigungsfähigkeit älterer Arbeitnehmer; lebenslange Qualifikations- und Weiterbildungsangebote und deren finanzielle Absicherung; Fortsetzung des Programms "Aktiv zur Rente";</p> <p><u>Finanzen:</u> Finanztransaktionssteuer und verfassungsgemäße Vermögensteuer; Modernisierung der Gewerbesteuer, Verbreiterung der Bemessungsgrundlagen und Erweiterung des Kreises der Steuerpflichtigen; keine Kürzungen am Solidarpakt II; Fortsetzung der Konsolidierungspartnerschaft zwischen Land und Kommunen, planmäßige Umsetzung des Teilentschuldungsprogramms; Weiterentwicklung des Finanzausgleichsgesetzes; Verankerung einer Schuldenregelung in der Landeshaushaltsordnung; Entbürokratisierung von Zuwendungsverfahren und pauschalierte Zuweisungen (Budgetierung); Verbesserung der Rahmenbedingungen für kommunale Unternehmen zum Erhalt ihrer Wettbewerbs- und Investitionsfähigkeit; keine Erhöhung des kommunalen Anteils an den Kosten der Unterkunft;</p>	<p><u>Finanzen:</u> Verbesserung der finanzpolitischen Rahmenbedingungen für die Kommunen; umfassende Neuordnung des kommunalen Finanzierungssystem; solide, unbürokratische und konjunkturunabhängige Finanzgrundlage für die Kommunen; transparente Verteilung der Finanzmittel; Sicherung der Finanzausstattung für die so genannten freiwilligen Aufgaben der Kommunen; Prüfung einer Entstaatlichung der Gemeinden;</p>	<p><u>Finanzen:</u> Finanzierung der notwendigen Ausgaben im Bildungs- und Sozialbereich als Hauptziel, gleichzeitig Schuldentilgung; Vorrang für Ausgaben, die Rechtsverpflichtungen abdecken, dann solche Ausgaben, die kurz- oder mittelfristig zu Einnahmen oder Kostenreduzierungen führen, dann Ausgaben, die langfristig investiven Charakter haben;</p> <p>konsequente Nutzung der Möglichkeiten zur Einnahmeverbesserung; Stärkung der Finanzverwaltung, verstärkte Einsatz von Steuererfahndern, häufigere Vornahme von Betriebsprüfungen; Erhebung eines "Wassercent", der Landwirtschaft und Industrie anhält, das Grundwasser zu schonen;</p> <p>Anstreben eines ausgeglichenen Haushalts in den nächsten Jahren, Einführung einer Schuldenbremse; Nutzung der Sparpotenziale, ohne die Zukunftsfähigkeit des Landes aufs Spiel zu setzen; wirksamere Analyse von Effektivität und Effizienz aller staatlichen Institutionen, Programme und Maßnahmen in allen Politikfeldern; Fortsetzung der Förderung der Wirtschaft auch nach 2013 mit dem Einsetzen der degressiv auslaufenden Investitionszulage des Bundes; gute Förderung von Schule und Ausbildung; keine Kürzungen der Landesmittel für die Kinderbetreuung und frühkindliche Bildung sowie für →</p>	<p><u>Finanzen:</u> Demokratisierung von Haushaltspolitik; alle Aufgaben des Haushaltes einer radikalen und kritischen Überprüfung unterziehen; Anhebung der Landeszuweisungen an die Kommunen wenigstens wieder auf das Niveau von 2008 und 2009 in Höhe von 1,7 Milliarden €; Stärkung der wirtschaftlichen Basis der Gemeinden und Landkreise durch eigene kommunale Wirtschaftsunternehmen;</p>

Wahlprogramme der Parteien in Sachsen-Anhalt 2011

CDU

SPD

FDP

Grüne

Die Linke

Wirtschaft, Arbeit, Finanzen (Forts.)

Tourismus: gemeinsame Nutzung der Tourismus-Potenziale, ebenso für die Kultur- wie auch für die Erholungsregion Mitteldeutschland. Gemeinsame touristische Aktivitäten und gemeinsames Marketing können Kosten sparen und gerade auch im Zusammenhang mit dem Reformationsjubiläum 2017 weltweit erfolgreicher für mehr Besucher werben; Schaffung neuer, individueller und qualitativ hochwertiger Angebote für die Gäste; Erhalt und die Förderung der Vielfalt touristischer Regionen und Themen; Bundesgartenschau 2015 ist hierbei von besonderer Bedeutung;

Tourismus: Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Tourismuswirtschaft bis Ende 2011, Weiterentwicklung der Tourismuskonzeption sowie des Masterplan Tourismus; Auflegen einer touristischen Imagekampagne; Weiterentwicklung des Landes zu einem "Aktivland" mit einem naturnahen, sanften Aktivtourismus; Entwicklung von rad- und wandertouristischen Angeboten, nachhaltige Verbesserung der Infrastruktur der Wanderwege und des Radwegenetzes; Weiterentwicklung des Landestourismus zum Qualitätstourismus; Ausbau der touristischen Infrastruktur und schwerpunktorientierte Förderpolitik, die sich auch auf den Ausbau von Ganzjahresangeboten orientiert; Modernisierung der Ausbildungsberufe im Tourismus und Ausbau der touristischen Studiengänge;

Tourismus: Bündelung der privaten und öffentlichen touristisch engagierten Organisationen und Institutionen in einer schlagkräftigen Tourismus-Marketingorganisation; Nutzung aller neuen technologischen Möglichkeiten bei der Vermarktung; stärkere Verknüpfung der Marketingorganisation mit kulturellen Institutionen sowie zentralen Veranstaltungsportalen;

← Hochschule und Forschung; konsequente Nutzung der Sparpotenziale, etwa durch Personalentwicklungskonzepte und besseres Bewusstsein für Folgekosten; Einstellung unsinniger Vorhaben im Verkehrswegebau; Anwendung moderner Finanzierungsinstrumente; gleiche Maßstäbe für die Abgeordnetenvergütung; Einführung kommunaler Bürgerhaushalte;

Tourismus: Verbindung von Natur plus Kultur; Schaffung von mehr Anreizen, denkmalgeschützte Gebäude wirtschaftlich zu nutzen; Stärkung der Regionen und Erhaltung der Umwelt durch sanften und nachhaltigen Tourismus; Radtourismus und Weltkulturerbestätten als besondere Vermarktungsschwerpunkte; Aufbau und Pflege der touristischen Infrastruktur, insbesondere der überregionalen Radwege, in Verantwortung des Landes;

Tourismus: Gestaltung eines sanften Tourismus im ländlichen Raum durch das Bewahren und den Schutz einer intakten Natur und Kulturlandschaft sowie durch ein regionales beziehungsweise ortsspezifisches Angebot von Produkten und Leistungen aus der Land- und Ernährungswirtschaft und anderen Bereichen des ländlichen Raumes;

	CDU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke
Bildung, Schule	<p>Ziel: ein an den individuellen Interessen, Begabungen, Fähigkeiten und Bedürfnissen der Schüler orientiertes Schulwesen, welches ein Höchstmaß an individueller Förderung und an Chancengerechtigkeit eröffnet; dauerhafte Sicherung der notwendigen Unterstützungssysteme durch Schulsozialarbeit, schulpsychologische Beratung und Pädagogische Mitarbeiter; Bekenntnis zum differenzierten Schulwesen nach der vierjährigen Grundschule, bestehend zuerst aus der Sekundarstufe und Gymnasium sowie für die höheren Jahrgänge aus einem vielfältigen Angebot an berufsbildenden Schulen; Gewährleistung eines ihrer Entwicklung förderlichen Rechtsrahmens und einer verlässlichen Finanzierung für die Schulen in freier Trägerschaft; weitestgehende Sicherung der Schulstandorte; Stärkung der Grundschulen durch Kooperationen untereinander; Gewährleistung der Sicherung von schulischen Angeboten in dünn besiedelten Regionen durch eine noch stärkere Zusammenarbeit von Grund- und Sekundarstufe; Fortsetzung der baulich-technischen Modernisierung der Schulstandorte mithilfe von Strukturfondsmitteln der EU; kindgerechte und leistungsorientierte Angebote an Grundschulen;</p>	<p><u>Frühkindliche Bildung:</u> Novellierung des Kinderförderungsgesetzes; Rechtsanspruch für alle Kinder auf ganztägige Bildung in einer Kita von Geburt an; bedarfsgerechte Öffnungszeiten der Kitas; Personalschlüssel, der eine gute Bildung, Betreuung und Erziehung ermöglicht; systematische Weiterentwicklung des Landesprogramms "Bildung: elementar - Bildung von Anfang an", Komplettierung durch individuelle Konzepte der Kitas und landesweite Bildungsstandards; flächendeckende Weiterführung von Sprachstandserhebungen für 4-bis 5-Jährige; verbesserte Vorbereitung auf den Übergang in die Grundschule; Erhöhung der Ausbildungsstandards für Erzieherinnen und Erzieher, höherer Anteil mit akademischem Abschluss; Ausbau des Ausbildungsangebotes am Standort Stendal zu einem Kompetenzzentrum "frühkindliche Bildung"; aktive Unterstützung von Konzepten und Projekten zur Stärkung der Erziehungskompetenz von Eltern; <u>Schule:</u> Sicherung des bestehenden Schulnetzes; weitere Öffnung des Schulsystems, vor Ort auf freiwilliger Basis Gemeinschaftsschulen; Aufhebung der frühen Aufteilung der Schüler in einzelne Bildungsgänge nach der vierten Klasse innerhalb →</p>	<p><u>Vorschulische Erziehung:</u> Kinder, deren Eltern ihnen nur in begrenztem Umfang den Zugang zu Bildungsinhalten vermitteln können oder wollen, sollen ein entsprechendes Angebot erhalten; Qualifizierung des Fach- und Führungspersonals in den Kitas; Mittelfristig Fachhochschulausbildung für das Leitungspersonal; Schaffung von Strukturen, die Entwicklungsdefizite realistisch früh feststellen, Verbesserung der Möglichkeiten, diese Defizite aufzuholen; Verbesserung der Qualität der Sprachtests; schrittweise Verzicht auf Elternbeiträge für das Grundangebot der Kindertageseinrichtungen, beginnend mit dem letzten Jahr vor der Einschulung; Weiterführung der Kooperation von Kindertagesstätte und Grundschule auf hohem Niveau; <u>Schule:</u> grundsätzliches Festhalten an der Struktur des gegliederten Schulsystems nach der vierjährigen Grundschule; Stärkung der Position der Lehrer und leistungsgerechter Entlohnung; regelmäßige schulinterne Qualitäts- und Leistungsüberprüfung für alle Schulen durch unabhängige Qualitätssicherungs-institute; betreute Mediatorenprojekte, verstärkter Einsatz von Schulpsychologen und Sozialarbeitern für Schulen mit intensiven sozialen und gesellschaftlichen Problemen;</p>	<p>Schulsystem, das alle Kinder bestmöglich fördert; Abschaffung des Sitzenbleiben, Schließung von Lücken durch Zusatzunterricht; konsequente Einschulung in die flexible Schuleingangsphase, die je nach Geschwindigkeit ein bis drei Jahre dauern kann; gerechter Zugang zu Bildung für alle Kinder; flächendeckende Einführung einer zehnjährigen gemeinsamen Lernzeit; kostenfreie Lernmittel ab der ersten Klasse sowie der Schülerbeförderung für Vollzeitschüler bis zum Ende der Schulzeit; gesundes warmes Mittagessen in allen Kitas, Horten und Schulen für alle Kinder und Jugendlichen, für Kinder aus Familien mit geringem Einkommen kostenlos; Erwerb des Sekundarschuleabschlusses I nach 10 Jahren; danach verschiedene Bildungswege offen; dichtes und bedarfsgerechtes Netz von ganztägigen Gemeinschaftsschulen; lebenslanges Lernen: Erhalt von Seniorenakademien und Volkshochschulen und des Angebots bezahlbarer Kursangebote auch im ländlichen Raum; Stärkung der beruflichen Bildung; bessere Vorbereitung durch die Schule, Anstreben einer engen Kooperation mit der regionalen Wirtschaft; Erfahrungsaustausch, Unterricht von Betriebsangehörigen, polytechnisches →</p>	<p>Jedes Kind soll das Recht haben, alle Angebote der Kindereinrichtung zu nutzen; Kindereinrichtungen so fördern, dass sie die personellen Voraussetzungen schaffen können, für alle Kinder, deren Eltern es wünschen, einen Ganztagsplatz in ausreichender Qualität vorzuhalten; längerfristiges Ziel, in jeder Kindereinrichtung qualifizierten Voraussetzungen zur inklusive Betreuung, Förderung und Bildung zu schaffen; Stärkung der Kompetenz der Lehrkräfte zu erfolgreichem Umgang mit der Vielfalt der Leistungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen durch Aus- und Fortbildung; nachhaltige Integration der Schulsozialarbeit in die Schulstruktur; Erhalt und Weiterentwicklung der Grundschule; Empfehlung zum Besuch von Förderschulen nur noch in besonderen Fällen oder auf Antrag der Eltern; Entscheidung von Eltern und Kindern selbst über die Wahl der weiterführenden Schule; Stärkung vor allem der Sekundarschule durch spürbare Qualitätsentwicklung der Bildungsangebote und schrittweisen Ausbau von Ganztagsangeboten; Ausprägungen von polytechnischen und naturwissenschaftlichen Lernfeldern; Orientierung des Lernniveaus für alle mindestens am Ziel des Realschulabschlusses;</p>

	CDU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke
Bildung, Schule (Forts.)	<p>kontinuierliche Weiterentwicklung der Qualität der Arbeit in den Grundschulen; Unterstützung der Schulen bei der weiteren Ausgestaltung der flexiblen Schuleingangsphase; nachhaltige Verbesserung der Sprachförderung auch an den Grundschulen; Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Grundschulen und Kitas, Bekenntnis zu einer klaren Profilierung der Sekundarschulen; Verringerung der Zahl der Schüler ohne Abschluss durch passgenaue Unterstützung; Weiterentwicklung des schulnahen Beratungssystems bei auftretenden Erziehungsproblemen und Verbesserung der bereits bestehenden Möglichkeiten zur individuellen Betreuung; leistungsfähige Gymnasien: abgestimmtes Vorgehen bei der Durchführung der Abiturprüfungen zunächst in den drei mitteldeutschen Ländern mit dem Ziel, deutschlandweit vergleichbarer Abiturprüfungen ablegen zu können; Fortsetzung des eingeschlagenen Weges zur Leistungsschule Gymnasium, etwa durch Kooperationen mit Hochschulen und Unternehmen; Verbesserung der Hochbegabtenförderung; Qualifizierung des Feststellungsverfahrens für den sonderpädagogischen Förderbedarf, Ausbau von Berufsorientierung und Berufsvorbereitung an den Förderschulen; ➔</p>	<p>← der Gemeinschaftsschule; deutliche Ausweitung der Kooperationen von Sekundarschulen und Gymnasien im Rahmen von Schulverbänden unter einem Dach, vor allem im ländlichen Raum; Aufwertung und Profilerweiterung für alle Sekundarschulen; verbindliche Zusammenarbeit der Sekundarstufe mit berufsbildenden Schulen und Wirtschaftsunternehmen; Verbesserung der Durchlässigkeit zum Gymnasium; Gestaltung der Schulen im Hinblick auf Unterricht und Ausstattung der Art, dass jeder Schüler zu einem Schulabschluss befähigt wird; Gewährung der freien Elternentscheidung bei der Schulformwahl und Aufhebung der Verbindlichkeit der Schullaufbahneempfehlung nach Klassenstufe vier; deutliche Erweiterung der Einstellungskorridore für junge Lehrkräfte; Schaffung von qualifizierten Zugangsmöglichkeiten für Quereinsteiger; langfristig angelegtes Stellenbudget für den Schulbereich; Schaffung von bedarfsgerechten Ausbildungskapazitäten für die Lehrerbildung; Steigerung des Ansehens und der Attraktivität des Lehrerberufes, Verbesserung der Lehramtsausbildung inhaltlich und strukturell; Lehrerausbildung soll stärker schulstufen- und schulformübergreifend erfolgen und ➔</p>	<p>Offenheit gegenüber Konzept der Ganztagschule bei allen Schulformen, aber auch Angebot alternativer Schulen, in der Grundschule Fokussierung auf die Kernkompetenzen Lesen, Schreiben und Rechnen als oberste Priorität; für eine Ergänzung der Schulnoten durch eine individuelle textliche Beurteilung auf dem Zeugnis; Sekundarschule als zentrales Element der schulischen Bildung; Schaffung der gesetzlichen Voraussetzungen dafür, dass die Durchlässigkeit in allen Jahrgangsstufen erhöht werden kann; Aufhebung des Kooperationsverbotes des Bundes mit den Ländern in der Schulpolitik; „Deutschlandabitur“; weiterer Ausbau des praxisnahen Unterrichts; inklusive Bildung und Erziehung von Schülern mit sonderpädagogischen Förderbedarf als Ziel; Umsetzung einer echten Wahlfreiheit für behinderte Kinder ohne Kostenvorbehalt zwischen Förderschule und Regelschule; Garantie des uneingeschränkten Wahlrechts auf die Schulform für Behinderte beziehungsweise deren sorgeberechtigte; Erhaltung von Förderschulen; <u>Schulorganisation</u>: Mehr Autonomie und mehr Gestaltungsfreiheit; Recht der Selbstverwaltung, ➔</p>	<p>Lernen, Berufspraktika und Schülerfirmen; flexible Ausbildungsdauer von 2-4 Jahren; Inklusion: Ermöglichung des Besuchs der allgemeinbildenden Schulen für alle Kinder und Jugendlichen mit speziellem Förderbedarf; Umverteilung der für die Förderschulen bisher aufgewendeten Finanzmittel und Personalstellen; Ausbildung von mehr Sonderpädagogen, entsprechende Fort- und Weiterbildung der Lehrer sowie pädagogischen Fachkräfte der aufnehmenden allgemeinbildenden Schulen; Schaffung der baulichen, sächlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen für die inklusive Beschulung; Weiterentwicklung der Schulkonferenz mit einer gleichberechtigten Beteiligung von Eltern, Schülern sowie Lehrern und einer Beteiligung der sonstigen Angestellten (Drittelparität plus); Bildung und Weiterbildung in Umweltfragen als ständige Aufgabe; vernetzter Unterricht zwischen verschiedenen Fächern; stärkere Förderung der Umweltbildungszentren und Volkshochschulen im Land zur Umweltbildung Erwachsener; Bestehenbleiben der Ökoshulen des Landes; Förderung der Schul Autonomie; jede Schule unabhängig von ihrer Trägerschaft soll pro Schuljahr je ➔</p>	<p>Schrittweise Schaffung gymnasialer Angebote an allen Sekundarschulen in den Jahrgängen 5-9; Sekundarschule als attraktive Alternative zu den Gymnasien; beide Schulformen sollen sich gemeinsam mit den bestehenden Gesamtschulen zu gleichwertigen Bildungsangeboten in den Stufen 5-9 entwickeln; kein "Abschulen" nach formalen Leistungskriterien am Sekundarschule; Ermöglichung eines längeren gemeinsamen Lernens Schritt für Schritt, langfristige Überwindung der Aufteilung der Schüler auf unterschiedliche Schulformen bereits nach der 4. Klasse; in einem zweiten Reformschritt allgemein bildende Gemeinschaftsschulen; gesundes und bezahlbares Mittagessen für alle Kinder in Kita und Grundschule, soll für bedürftige Kinder den Preis von 1€ nicht übersteigen; Förderprogramm des Landes, das allen örtlichen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe Mittel zur Verfügung stellt; Förderung und Integration in Schule und Berufsausbildung verbessern; Lernprozesse so gestalten, dass sie alle Kinder erreichen und alle ihre Fähigkeiten und Talente sowie besondere Begabungen gefördert werden; Schaffung beziehungsweise Ausbau der personellen Voraussetzungen für die gemeinsame ➔</p>

	CDU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke
Bildung, Schule (Forts.)	<p>← Ausbildung und Einstellung qualifizierten Personals für die unterschiedlichen Schwerpunkte; Entwicklung von Förderzentren als Kompetenzzentren für gemeinsames Lernen; Fortführung der bedarfsgerechten Unterstützung durch pädagogische Mitarbeiter und Betreuungskräfte; berufsbildende Schulen: Weiterentwicklung der Regionalfachklassen auf Grundlage vertraglicher Vereinbarungen zwischen den Schulträgern; Ausbau der berufsbildenden Schulen zu Kompetenzzentren Berufsorientierung, Erhöhung des berufspraktischen Anteils im Berufsvorbereitungsjahr; bedarfsgerechter Einsatz von Sozialpädagogen; Weiterentwicklung von Ganztagsangeboten an Schulen, insbesondere in gebundener Form; Stärkung der materiellen und organisatorischen Basis; Verpflichtung der Universitäten durch Zielvereinbarungen, die Lehrerbildung besser auf den Bedarf des Landes auszurichten; haushaltsverträgliche Erhöhung der Einstellungsquote von Absolventen; Bindung der Lehrkräfte in einem Beamtenverhältnis; Sicherstellung des Angebots von Fortbildungen von hoher Qualität; Erweiterungen des Entscheidungsspielraums der Schulen bei der Personalauswahl;</p>	<p>← einen stärkeren Praxisbezug erhalten; Verkürzung der Referenzzeit; Angebot eines pädagogischen Orientierungspraktikums vor Beginn eines Lehramtsstudiums; Schaffung von Rahmenbedingungen, dass alle Schulen stärker eigenverantwortlich agieren können; mehr Entscheidungsrechte bei der Gestaltung der Schul- und Unterrichtsorganisation; Schaffung von Rahmenbedingungen, dass die Schulen mit einem Budget arbeiten können; mehr Ganztagschulen; personelle Verstärkung in der Schulsozialarbeit und bei der Arbeit des schulpсихologischen Dienstes; schrittweise Entwicklung des gemeinsamen Unterrichts von Schülerinnen und Schülern mit Förderbedarf zur bevorzugten Form der Förderung; Verhinderung von Schulversagen durch frühzeitige und wirkungsvolle Maßnahmen innerhalb der Schule; Stärkung der Mitwirkungsrechte von Schülern und Eltern; politische Bildung soll über das Fach Sozialkunde hinaus ein fester Bestandteil der allgemeinen Bildungs- und Erziehungsarbeit in der Schule werden; Vereinfachung der bisherigen Struktur der Schülervertretung, Erweiterung der Entscheidungsmöglichkeiten;</p>	<p>Größere Mitsprache bei der Personalauswahl, mehr pädagogische und finanzielle Eigenverantwortung; Garantie eines öffentlich finanzierten Schulnetzes mit freier Schulauswahl, Öffnung der Schuleinzugsgebiete; Gleichbehandlung aller Schulträger hinsichtlich finanzieller Förderung, Beaufsichtigung und Evaluierung; Schulleiter sollen die Verantwortung für die pädagogische Qualität und die Entwicklung der Schule tragen; sie werden Dienstvorgesetzte der Lehrer und Manager der Schulen; verpflichtende Fortbildung für alles im Bildungsbereich Tätigen; Anpassung der Lehrerbildung an die europäische Standardisierung im Zuge des Bologna-Prozesses, Abschluss des Lehramtsstudiums an den Hochschulen mit einer europaweit anerkannten Prüfung, die das Staatsexamen obsolet macht; Ermöglichung des Schulsponsorings neben der staatlichen Finanzierung.</p>	<p>← Schülerin und Schüler einen festen Finanzbeitrag erhalten, mit dem die Schule selbstständig arbeiten kann, falls sie sich im Gegenzug verpflichtet, allen Kindern einen unentgeltlichen Zugang zu gewähren; Eintreten dafür, dass freie Schulen allen Kindern unentgeltlich offen stehen; Lehrerberuf attraktiver gestalten; Verstärkung der pädagogischen, didaktischen und psychologischen Anteile in der Ausbildung; zertifizierte Fortbildung für alle Beschäftigten, deutliche Anhebung des Männeranteils im Erzieher- und Grundschullehrerberuf;</p>	<p>Schulung von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderungen; vorhandene Kompetenzen und Ressourcen der Förderschulen in stärkerem Umfang vor allem für die Regelschule nutzbar machen; Förderung benachteiligter Jugendlicher in der beruflichen Bildung durch effektivere Formen, die systematisch mit der betrieblichen Praxis verbunden sind; weit gehender Erhalt des bestehenden Netzes der Berufsausbildungsstätten; berufsbildende Schulen sollen einen wachsenden Beitrag zur Entwicklung polytechnischer Angebote vor allem an den Sekundarschulen leisten; Eröffnung des Zugangs zu akademischer Bildung für immer mehr junge Menschen; schrittweiser Abbau der Barrieren, die am Studieren hindern; keine Studiengebühren; schrittweise Abschaffung von Gebühren, die bereits jetzt für viele Studierende eine hohe soziale Würde sind, dass er Studium erfolgreich und zügig zu absolvieren; zusätzliche Aufnahmekriterien im Hochschulgesetz sollen entfallen; keine Streichungen an den Hochschulenbudgets unter den derzeitigen Bedingungen;</p>

	CDU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke
Wissenschaft und Forschung	<p>Fortführung der Exzellenzoffensive; Modifizierung der Exzellenz- und Leistungskriterien unter stärkerer Berücksichtigung der angewandten Wissenschaften; Verstärkung der internationalen Verflechtung von Forschung und Lehre auch mit den Transformationsländern Osteuropas;</p> <p>Bündelung und tragfähige Kooperation der verschiedenen Wissenschaftseinrichtungen; engere Vernetzung von Forschung, Lehre und Wirtschaft; Weiterentwicklung der Hochschulen und Universitäten sowie außeruniversitären Einrichtungen zu Innovationsmotoren; Ausbau der Industrieforschung; vertiefte Beziehungen zwischen den Wissenschaftseinrichtungen und dem regionalen Umfeld;</p> <p>Schaffung von Forschungsverbänden mittelständischer Unternehmen mit Hochschulen;</p> <p>Gewährleistung von Planungssicherheit insbesondere an den Hochschulen/Universitäten durch Folgezielvereinbarungen;</p> <p>Schaffung von Anreizen zu größerer Wirtschaftsnähe, Schaffung eines effektiven Technologietransfers an den Wissenschaftseinrichtungen;</p> <p>längerfristig leistungsfördernde und sozial ausgewogene nachgelagerte Studienbeiträge; stärkere Einbeziehung einer finanziellen Partnerschaft zwischen →</p>	<p><u>Hochschulen:</u> verlässliche und aufgabengerechte Finanzierung über 2013 hinaus; auch zukünftig keine Gebühren für ein Studium bis zum ersten berufsqualifizierenden Abschluss und in einem weiteren, darauf aufbauende Masterstudiengang;</p> <p>Intensivierung der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses; Ausbau der Landesgraduiertenförderung, Verbesserung der Rahmenbedingungen für kooperative Promotionsverfahren, Förderung kooperativer Graduiertenkollegs zwischen Universitäten und Fachhochschulen;</p> <p>konsequente Weiterentwicklung des Bolognaprozesses; flexiblere Studienstrukturen, d.h. Vergleichbarer Bachelor-Studiengänge, stärkere Wahlmöglichkeiten von Seminaren und Vorlesungen, weniger Verschulung und eine einheitliche Berechnung der Leistungspunkte;</p> <p>Erhöhung der Studierquote, erweiterte Möglichkeiten zur Erlangung einer Hochschulzugangsberechtigung, größerer Umfang von Teilzeitstudienangeboten an den Hochschulen;</p> <p>Erhöhung des Anteils von Studierenden aus den alten Bundesländern sowie von ausländischen Studierenden;</p>	<p><u>Hochschule:</u> hohes Maß an Autonomie und Entscheidungsfreiheit für Universitäten und Fachhochschulen, Stärkung der Leitungsgremien; Übertragung der Bauherreneigenschaft an die Hochschulen, Absicherung einer langfristig verbindlichen Finanzierung des dringenden Aus- und Neubaubedarfs;</p> <p>Stärkung der Hochschulen im Exzellenzwettbewerb, Vorsorge dafür im Landeshaushalt; Erschließung von Potenzialen der Drittmittelinwerbung und des Sponsorings;</p> <p>privatrechtliche Ausgestaltung aller Anstellungen zur Erleichterung des Wechsels zwischen Hochschule und Wirtschaft;</p> <p>Ergänzung der Objekt- durch eine Subjektförderung in der Finanzierung; uneingeschränkte Ermöglichung von Unternehmensbeteiligungen für Hochschulen;</p> <p><u>Forschung:</u> Entwicklung von Initiativen zum Ausbau von Forschung und Entwicklung in den Unternehmen durch gezielte Förderprogramme; Einräumen des Rechts auf Vermarktung der Produkte für die Hochschulen, Ablehnung ideologischer Festlegungen und Eingrenzungen in der Forschungsförderung, etwa bei der Stamm Zell Forschung, den Bio- und Gentechnologie sowie der Nanotechnologie.</p>	<p><u>Hochschule:</u> Investieren in eine leistungsfähige Hochschulbildung und -forschung als zentralen Pfeiler der Zukunftspolitik des Landes; gegen Studiengebühren, Ablehnung auch der vorhandenen Langzeitstudiengebühren; stattdessen weiterer Ausbau der Möglichkeiten zum Teilzeitstudium;</p> <p>Wege zu einem Hochschulstudium für Menschen ohne Abitur;</p> <p>Ausbau des politischen Mandates von Studierenden, Professoren und wissenschaftlichem Mittelbau zu einer echten Drittelparität und Stärkung gegenüber der Hochschulleitung und dem Land;</p> <p>allen Absolventen von Bachelor-Studiengängen soll die Möglichkeit eines Masterstudiums offen stehen;</p> <p>Ersetzung der Verschulung der Bachelor- und Masterstudiengänge durch eine Studienstruktur, die wieder ein anspruchsvolles, unbürokratisches und selbstbestimmtes Studium ermöglicht: keine Anwesenheitspflicht, freie Wahl von Dozenten und Seminaren, freie Wahl der Studiendauer, selbstorganisiertes Lernen, Unterstützung der Studierenden in der Ausgestaltung ihres Studiums;</p> <p><u>Forschung:</u> Schwerpunkt auf Forschungsbeiträgen zu einer ökologischen, nachhaltigen Lebensweise; Recycling, erneuerbare Energien und effiziente Leitungs- und →</p>	<p>Voraussetzungen dafür schaffen, dass alle Studierenden mit Bachelorabschluss ihr Studium in einem Masterstudiengang fortsetzen können; Weg zur Promotion muss besser als bisher eröffnet werden, Benachteiligungen müssen überwunden werden;</p> <p>grundsätzliche Fragen über Entwicklung und Profilbildung an den Hochschulen sollen durch die demokratisch gewählten Gremien beraten und entschieden werden; Lehre und Forschung sollen familienfreundlich und sensibel für die unterschiedlichen Lebenslagen von Studierenden, von Mitarbeitern sowie von Hochschullehrern gestaltet werden;</p> <p>Ausrichtung der Innovationspolitik des Landes auf die Stärkung der Forschungs- und Entwicklungspotenziale in den Unternehmen;</p> <p>Hochschulen müssen noch besser in die Lage versetzt werden, Wissenstransfer und weitere Kooperationsbeziehungen mit der Wirtschaft bedarfsgerecht und mit hohem Gewinn für die gesellschaftliche Entwicklung insgesamt zu gestalten; Ausbau des Sektors der wissenschafts- und forschungsorientierten Unternehmen und der Serviceunternehmen für Technologietransfer, Beratung und Qualifikation;</p>

CDU

SPD

FDP

Grüne

Die Linke

Wissenschaft und Forschung (Forts.)

← der öffentlichen Hand und der privaten Wirtschaft in die Finanzierung von Forschungsstandorten; Ausbau von Hochschulen und Universitäten zu Orten exzellenter Forschung, Ausbildung und Nachwuchsförderung; Überprüfung der Studier- und Berufsfähigkeit sowie der Kompatibilität der Bachelor- und Masterabschlüsse; Straffung der Lehrinhalte, Verkürzung der Studienzeiten, Auswahl der Studierenden nach Eignung und Leistung durch die Hochschulen; Auswahl der Professoren auch nach didaktischer Eignung; weitere Steigerung der Studierendenquote im Land; Festhalten am Abitur als allgemeiner Hochschulzugangsberechtigung; Ermöglichung weiterer Zugangswege; Gewährleistung der Promotionsmöglichkeit für geeignete Hochschulabsolventen an den Universitäten; Ausbau der komplementären Kooperation zwischen verschiedenen Wissenschaftsstandorten und -einrichtungen; Beibehaltung der differenzierten Hochschullandschaft mit unterschiedlichen Hochschulearten und verschiedenen Trägerschaft; Sicherung einer angemessenen Ausstattung mit wissenschaftlichem Personal an den Hochschulen/Universitäten; Stärkung des Weiterbildungssektors;

Wissenschaft: Fortführung der Offensive zur Förderung von Netzwerken wissenschaftlicher Exzellenz in der grundlagen- und anwendungsorientierten Forschung; Sicherung der vorhandenen wissenschaftlichen Infrastruktur; Weiterentwicklung und Umsetzung des Perspektivprogramms Hochschulbau 2020; Stärkung außeruniversitäre Einrichtungen, Einsatz für die Ansiedlung weiterer Institute; keine Privatisierung der Universitätsklinika.; sorgfältige Prüfung strategischer Partnerschaften und Kooperationen; Novellierung des Hochschulmedizingesetzes unter Berücksichtigung der Evaluationsempfehlungen des Wissenschaftsrates; nachhaltige Frauenförderung in Forschung und Lehre;

← Speichertechniken, Forschungen zur neuen Antrieben, Fahrzeugen und Mobilitätskonzepten als innovative Forschungsfelder; grundsätzliche Ablehnung einer Forschung zu neuen Atomreaktoren und gentechnisch manipulierten Lebensmitteln; dringende Abschaffung des Bundesländer-Kooperationsverbotes; alle Bürgerinnen und Bürger müssten ungehinderten Zugang zu Informationen haben; freie Verfügbarkeit des mit staatlichen Geldern erforschten Wissens;

	CDU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke
Gesundheit und Soziales	<p><u>Gesundheit:</u> Schaffung von mehr Wettbewerb im Gesundheitssystem; Verringerung und bestenfalls Abbau von Subventionen im Gesundheitswesen; aktive Politik der Prävention; Prävention und Gesundheitsförderung als vierte Säule neben Akutbehandlung, Rehabilitation und Pflege; leistungsfähige und wohnortnahe ärztliche Versorgung; Förderung der Niederlassung von Ärzten in unterversorgten Gebieten, insbesondere im ländlichen Raum; Verbesserung der kommunalen Voraussetzungen zur Niederlassung von jungen Ärzten; stärkere Einbeziehung der an Kliniken und Krankenhäusern beschäftigten Ärzte in die ambulante ärztliche Versorgung; Anpassung der Krankenhausplanung an die Veränderungen der ländlichen Regionen; Fortentwicklung einer sektorenübergreifenden Versorgung als Baustein für eine moderne Gesundheitswirtschaft; Errichtung einer zentralen Gewebedatenbank Mitteldeutschland; Eintreten für integrierte Leitstellen und ein landeseinheitliches Leitungssystem mit weiterer Verbesserung der Qualität und Beibehaltung der bisherigen Hilfsfristen; Prüfung der Vergabe- und Ausschreibungspraxis im Rettungsdienst; ➔</p>	<p><u>Gesundheit:</u> Weiterentwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung; sichere, bezahlbare und zuverlässige Gesundheitsversorgung für alle Menschen im Land; Ablehnung der Kopfpauschale; Unterstützung der Vorschläge zur Bürgerversicherung mit Einbeziehung aller Einkommen; intelligente Lösungen zur Absicherung der haus- und fachärztlichen Versorgung; Schaffung von medizinischen Versorgungszentren, Öffnung von Krankenhäusern für ambulante Versorgung und Integration von sozialen Diensten; Gestaltung der Krankenhauslandschaft unter Qualitäts- und Integrationsgesichtspunkten; Kostenträgung für medizinisch sinnvolle Vorsorgeuntersuchungen generell von den Krankenkassen; Ausbau von Forschungsdisziplinen, die sich mit Fragen des Alters und des Alterns beschäftigen; Novellierung des Rettungsdienstgesetzes; Sicherung der Notarztversorgung, Straffung der Struktur des Rettungsdienstes, Förderung des Ehrenamtes im Katastrophenschutz und gesetzlicher Auftrag für die Wasser- und Bergrettung; konsequente Umsetzung des Vorrangs von Prävention; Erhalt der gut arbeitenden Netze der Suchtberatung; keine Privatisierung der Universitätskliniken, kein Verkauf der Salus gGmbH;</p>	<p><u>Gesundheit:</u> Ziel: Versorgung ohne Wartelisten und schneller und bürokratischer Zugang zu Arzt und Krankenhaus; Abbau von Bürokratie und unsinnigen, teilweise widersprüchlichen Regelungen; Unterstützung für Maßnahmen, die die Beschäftigung und Ansiedlung junger Ärzte fördern; weitere Entwicklungen der Einrichtung von regionalen integrativen Versorgungszentren in Regionen mit Unterversorgung; Aufbau einer modernen funktionsfähigen Telematikinfrastruktur zur Verbesserung der fachärztlichen Betreuung; Aufrechterhaltung der Eintrittszeiten des Rettungsdienstes auch in dünn besiedelten Gebieten; Vereinfachung der Kriterien zur Erlangung der Notarztberechtigung in angemessener Weise; Unterstützung der Prävention als wesentliches Instrument der Gesunderhaltung Ermöglichung eines vielf gestaltigen Angebots an Heimformen, Einführung neuer Formen der Betreuung über Pilotvorhaben; Befreiung zuverlässiger Betreiber von einem Übermaß an staatlicher Kontrolle; Gleichstellung der nach Landesrecht vor 2003 abgelegten Prüfungen zum Altenpfleger mit den Abschlüssen nach Bundesrecht;</p>	<p><u>Gesundheit:</u> Stärkung von Eigenverantwortung und gesundheitlicher Kompetenz der Menschen; Bürgerversicherung, in die alle Erwerbstätigen einzahlen und alle Einkommensarten einbezogen werden sollen; Weiterentwicklung der Versorgungsstrukturen, dass ambulante und stationäre Einrichtungen des Gesundheits- und Pflegebereichs besser zusammenarbeiten; Ablehnung der weiteren Privatisierung von Krankenhäusern; Profilierung der Krankenhäuser als regionale bzw. fachliche Gesundheitszentren; Stärkung der Drogenprävention; Pflege: Umsetzung des Prinzips "ambulant vor stationär"; Schaffung von tragfähigen und sich gegenseitig ergänzenden ambulanten und niedrighschwelligeren Versorgungsstrukturen in jeder Region; Förderung alternativer Wohn- und Betreuungskonzepte; Abbau von überflüssiger Bürokratie und zeitaufwändigen Überregulierungen und Kontrollen; Einführung und Anerkennung transparenter und angemessener Qualitätssicherungssysteme; "Pflege-TÜV"; Verbesserung der Versorgung von Personen mit Demenz; Unterstützung von Pflegebedürftigen und Pflegenden durch funktionierende Beratungs- und Entlastungsangebote;</p>	<p><u>Gesundheit:</u> für eine gute ärztliche Versorgung; Unterstützung der laufenden Bemühungen der Selbstverwaltung von Kassen und Ärzten zur besseren Versorgung des ländlichen Raumes; Gewährleistung der Bindung der Studierenden, nach ihrem Abschluss im ländlichen Raum tätig zu werden, durch geeignete Anreize; wirtschaftlich vernünftige Verteilung von Basis- und Spezialversorgung, mit der für die ambulante Versorgung vor allem im fachärztlichen Bereich Kooperationspunkte geschaffen werden sollen;</p>

	CDU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke
Soziales	<p>← leistungsorientiertes und zeitgerechtes Vergütungssystem für alle im Rettungsdienst Tätigen; <u>Pflege</u>: bedarfsgerechte Pflegeinfrastruktur sowie ausreichend und gut qualifiziertes Personal im ambulanten und stationären Bereich;</p> <p><u>Familie</u>: bessere Vernetzung von Kita, Schule und Hort; stärkere Einbindung der Eltern durch ein halbjährlich stattfindendes Entwicklungsgespräch in den Schulen; Nachdenken über eine familienergänzende staatliche Unterstützung bei der Kinderbetreuung; konsequenter und flächendeckender Ausbau von Familienzentren; Anbindung räumlich und zeitlich an Kita und Schulen; verstärkte Anstrengungen zur Vermeidung von Schwangerschaftsabbrüchen; ausreichendes Angebot von Schwangerschaftsberatungsstellen; stärkere fach- und trägerübergreifende Vernetzung vorhandener Angebote; zügige Umsetzung der rechtlichen Gleichstellung und -behandlung verheirateter und unverheirateter Väter in Bezug auf das Sorgerecht; großzügigere Genehmigung von Eltern-Kind-Kuren und Kinderkuren; familienfreundliche Gestaltung der Arbeitswelt; Ausbau der Kindertagesbetreuung, Förderung von →</p>	<p><u>Familie</u>: Unterstützung von Familien und Alleinerziehenden, gutes Bildungssystem, funktionierende Beratungslandschaft; Ausbau und bessere Vernetzung der Elternbildung sowie der Familien- und Erziehungsberatung; weiterer Ausbau von Kitas zu Kinder-Eltern-Zentren; qualifizierte Ganztagsbetreuung in Schulen, vielseitige Angebote bei Jugendarbeit, Jugendfreizeit und außerschulischer Jugendbildung; Beibehaltung der Jugendpauschale auf einem bedarfsgerechten Niveau; Bewahrung der Vielfalt der Jugendverbände und Stärkung ihres bildungspolitischen Auftrags; Unterstützung der Lokalen Bündnisse für Familien; Familienpass; Aufnahme von Kinderrechten in die Verfassung; gerechte Arbeitswelt; Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf; Gewährleistung einer hohen Betreuungsdichte und guten Qualität der Kinderbetreuung; Unterstützung für Unternehmen, die flexiblere Arbeitszeiten und Teilzeitmodelle anbieten; Unterstützung und Förderung Alleinerziehender durch Arbeitsagenturen und Jobcenter; Allianz von Arbeitgebern und Gewerkschaften für eine familienfreundliche Unternehmenskultur; Reduzierung regelmäßig anfallender Überstunden, bessere Verzahnung von Erwerbsphasen mit Familienphasen;</p>	<p><u>Familie</u>: Mehr Vertrauen in die Familie, weniger staatliche Bevormundung; Erhaltung des Netzes der Kindertagesstätten, Verbesserung der Rahmenbedingungen für innovative Konzepte, wie Öffnungszeiten außerhalb der klassischen Arbeitszeiten, Kopplung an Unternehmen oder verbünde, multilinguale Betreuung und pädagogische Schwerpunktbildung; Kitas als Kompetenzzentren der frühkindlichen Bildung; Schwerpunkt auf weitere Qualifizierung des Personals der Kindertagesstätten; Möglichkeit für Leiter, den Hochschulabschluss zu erreichen; weitere Verbesserung der Ausbildung von Erziehern; Unterstützung des Landes für junge Familien bei der Investition in Wohneigentum; Auflegen eines Programms zur Unterstützung von Unternehmen bei der Flexibilisierung der Arbeitszeit im Rahmen einer Familienfreundlichkeitsaktion, Berücksichtigung von Familienarbeit bei Karriereentscheidungen im öffentlichen Dienst;</p>	<p>Verlegung der politischen Verantwortung für Krippen und Kindergärten in das Bildungsressort; Einführung eines Rechtsanspruchs auf ganztägige Bildung und Betreuung in einer Kita für alle Kinder; soziale Staffelung der Gebühren; verbindliches kostenfreies vor Schulanfang für alle Kinder; langfristige Steigerung des Ausbildungsniveaus der Erzieher; Einrichtung von Studiengängen an den Hochschulen; Offensive für Ausbildung und Nachqualifizierung in der Pädagogik, entsprechende Bezahlung der Erzieher; Ausbau und Stärkung der Infrastruktur insbesondere von Kitas und Schulen; Einführung einer einkommensunabhängigen Kindergrundsicherung von 330 €; Finanzierung aus Mitteln zahlreicher direkter und indirekter Familienleistungen sowie der Abschmelzung des Ehegattensplittings; Verbesserung der Bedingungen zur Familiengründung: Vereinbarkeit von Familie und Beruf; Änderung von Rahmenbedingungen in Schule und Ausbildung, Förderung der Familie und Stärkung von jungen Müttern und Vätern in ihrer doppelten Verantwortung; Förderung von generationenübergreifenden neuen Wohnformen; Verbesserung der Kinderbetreuungszeiten;</p>	<p>Armut und Ungerechtigkeit verhindern, soziale Ziele vereinbaren; dafür sorgen, dass die finanzielle Förderung vieler ehrenamtlicher und professioneller Beratungen auch in Zukunft gewährleistet wird; kommunale Sozialpolitik in die Lage versetzen, entsprechend dem Bedarf vor Ort ein zuverlässiges Netz von Beratungsstellen so zu fördern, dass Synergie-Effekte und Verletzungen unter den Redakteuren entstehen; Erarbeitung von sozialen Zielen im Rahmen einer Landessozialkonferenz mit Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften und weiteren engagierten Vereinen und Verbänden;</p>

CDU

SPD

FDP

Grüne

Die Linke

Soziales (Forts.)	<p>← Strukturen, die Familien bei der Pflege von Angehörigen unterstützen; konsequente Frauenförderung vor allem in Führungspositionen;</p>			<p>sicher finanziertes und engmaschiges Netz von Beratungs- und Unterstützungsangeboten für Eltern; Erhalt und Förderung familienentlastender Angebote wie Schwangerschaftsberatungsstellen, Familien- und Erziehungsberatungsstellen, Familienzentren; Förderung von Familienurlaube;n; Verankerung von Kinderrechten in der Landesverfassung; Schaffung von mehr öffentlichen Freiräumen und Erschließung von Kulturräumen für Kinder und Jugendliche; Ermutigung von Jugendlichen zu freiwilligem Engagement; Vorgehen gegen Jugendkriminalität mit der Bekämpfung ihrer Ursachen; gegen eine Verschärfung des Jugendstrafrechts;</p> <p>zeitgemäße soziale Sicherungssysteme; Mindestlöhne, Progressivlohnmodell zur Entlastung der unteren Einkommensbereiche, Anhebung der Grundsicherung auf ein soziokulturelles Existenzminimum; dynamischer gesetzlicher Mindestlohn; Absenkung der Sozialversicherungsbeiträge bei Geringverdienenden, gleichzeitig Aufstockung der Rentenentgeltpunkte; Einführung eines rechtswirksamen Vergabegesetzes mit Vorschrift sozialer und ökologischer Vergabekriterien und spürbaren Sanktionen bei Verstößen;</p>	
--------------------------	---	--	--	--	--

CDU

SPD

FDP

Grüne

Die Linke

Soziales (Forts.)

Senioren: Nutzung der Lebenserfahrung der älteren Generation; Unterstützung der Vitalität durch aktivierende Anforderungen und Prozesse des lebenslangen Lernens; Ältere Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen und deren Angehörige müssen auf bedarfsorientierte Unterstützungsangebote zurückgreifen können;

Senioren: gezielte Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe älterer Menschen durch Stärkung freiwilligen Engagements und ehrenamtlicher Tätigkeiten; Unterstützung für den Bau barrierefreier Wohnungen und neuer Gemeinschafts- und Mehrgenerationen-Wohnformen; Gewährleistung einer wohnortnahen Infrastruktur für Bildung, Kultur und Sport und einer Gesundheitsbetreuung in allen Regionen des Landes; Unterstützung für das Netz der Seniorenbegegnungsstätten und -beratungsstellen;

Senioren: Nutzung der Potenziale der älteren Generation durch den Umbau von Institutionen und Infrastruktur; Einführung einer Seniorenfreundlichkeitsprüfung; Ausrichtung des ÖPNV auf die Bedürfnisse von Menschen, die nicht Auto fahren wollen oder können, Schaffung von Rahmenbedingungen, die das Ehrenamt vom Risiko der persönlichen Haftung befreien und es noch attraktiver machen sich für andere zu engagieren;

Einführung der grünen Grundsicherung in Höhe des tatsächlichen Bedarfs von zurzeit 420 €; Erleichterung von Hinzuverdienst;

Senioren: Förderung der Selbstständigkeit im Alter durch Teilnahme an Bildungsmöglichkeiten, Gedankenaustausch, sozialen Kontakten, Bewegung und Mobilität, nachbarschaftlichen Hilfen und freiwilligen Engagement; inhaltliche und organisatorische Weiterentwicklung und bessere Koordination der bestehenden Beratungs- und Anlaufstellen; eigenständige Rentenansprüche von Frauen und Männern sowie Angleichung der Rentensysteme in Ost und West; Aufstockung der Rentenansprüche bei Langzeitarbeitslosen sowie Garantierente zum Schutz vor Altersarmut;

Senioren: Stärkung der Selbstvertretungsrechte; Senioren- Vertretungs-Gesetz oder Regelung in der Gemeinde- und Landkreisordnung, die den Seniorenvertretungen in den Kommunen eine verlässliche Grundlage für ihre Arbeit gibt;

CDU

SPD

FDP

Grüne

Die Linke

Infrastruktur

Mobilität: verkehrsträgerübergreifende Erhaltung und weitere Stärkung der Verkehrsinfrastruktur; Ablehnung der Einführung einer Pkw-Maut ohne gleichzeitig wirkende Maßnahmen zur Entlastung der Autofahrer; Bekenntnis zu allen Verkehrsprojekten der Bundes- und Landesverkehrswegeplanung sowie zu den Infrastrukturfestlegungen im neuen Landesentwicklungsplan; Sicherung und bedarfsgerechter Ausbau der Schieneninfrastruktur sowohl für den Personen- als auch für den Güterverkehr; bessere Anbindung der Zentren des Landes an das nationale Eisenbahnnetz; Vorantreiben des Baus der ICE-Strecke Nürnberg-Berlin; Stärkung des Kombinierten Verkehrs, Verbesserung der Voraussetzungen für Transportverlagerungen auf die Schiene; Erschließung der Potenziale der Wasserwege im Hinterlandverkehr; schrittweise barrierefreie Gestaltung des Nahverkehrs; flächendeckende Tarif- und Verkehrsverbände; Optimierung der Vernetzung des Nah- und Fernverkehrs; durchgängiges und klassifiziertes Rad-, Fuß- und Wanderwegenetz;

Landesentwicklung: Initiative Mitteldeutschland: infrastrukturelle Vernetzung der mitteldeutschen Länder im ÖPNV bei →

Verkehr: Erhalt der seit der Wende geschaffenen bzw. sanierten Verkehrswege und umweltgerechte Nutzung der Verkehrsträger; integriertes Verkehrskonzept, das die Vielzahl der Einzelkonzepte auf den Prüfstand stellt und zusammenführt; Umsetzung der wichtigen Straßenbauprojekte; Sanierung der Landes- und kommunalen Straßen und Brücken in angemessenem Umfang trotz begrenzter Haushaltsmittel; Verlagerung von Transporten so weit wie möglich von der Straße auf Schiene und Wasserstraße; Bundeswasserstraßen müssen für die gewerbsmäßige Binnenschifffahrt nutzbar bleiben, aber: Ablehnung des Ausbaus der Elbe; im Fernverkehr dauerhafte Wiederanbindung Magdeburgs sowie Erhaltung der Anbindung von Halle (Saale) ans ICE-Netz; dauerhafte Sicherung des flächendeckenden und barrierefreien ÖPNV; intelligente Vernetzung der Verkehrsträger Schiene, Straßenbahn und Bus; Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h vor Kindertagesstätten und Schulen;

Verkehr: Zügige und konsequente Umsetzung von Verkehrsvorhaben: Nordverlängerung A14, westlicher Autobahnring um Halle, Weiterführung der B6n von Bernburg bis zur A9, Verlängerung der A71, Bau des Saale-Seitenkanals; bei unabdingbaren Verkehrsvorhaben Vorfinanzierung mit Landesmitteln, wenn der Bund zu lange zögerte; Sicherstellung einer flächendeckenden Versorgung mit Breitbandanschlüssen, vorantreiben der Breitband Versorgung durch attraktive Rahmenbedingungen für private Investoren; Regierung der Erhöhung der Grunderwerbsteuer von 3,5 % auf 4,5 %;

Landesentwicklung: Konzentration des Einsatzes von Fördermitteln auf die Stärkung wertvoller baulicher Strukturen in den historischen Stadt- und Dorfkernen; Schrumpfungsprozesse aufgrund des demographischen Wandels in den Mittel- und Oberzentren als Chance für eine behutsame Stadtreparatur begreifen; Schaffung von Rahmenbedingungen, um medizinische und soziale Dienstleistungen in der Fläche zu garantieren; Erhaltung und Unterstützung privater Initiativen, Stärkung des ehrenamtlichen Engagements; →

Mobilität: Weiterentwicklung der Angebote im Land, dass alle Menschen bequem, umweltfreundlich und sicher ans Ziel kommen; Straßenverkehr insbesondere im ländlichen Raum als unverzichtbarer Bestandteil des Verkehrssystems; Konzentration des vorhandenen Geldes auf Unterhalt der Straßen, Weiterentwicklung des vorhandenen Netzes, wo dies zum Beispiel wegen Lärmschutz notwendig ist; Ablehnung der Nordverlängerung der A14; alternativer Ausbau der Bundesstraßen B71 und B189; Ablehnung des Neubaus der Autobahn A143; Ablehnung der Nordumgehung Dessau; Ablehnung der Verlängerung der B6n; Förderung des Rückbaus von Straßen, auf denen das Verkehrsaufkommen gering ist; wirksame Umweltzonen in den Städten; generelle Geschwindigkeitsbegrenzung auf Autobahnen von 120 km/h.; Einführung von Geschwindigkeitsbegrenzungen auch auf vielen Bundes und Landesstraßen; Sicherung eines Grundangebotes im ÖPNV auf dem Land; in den Städten über die Grundversorgung hinaus attraktive Angebote für Verbindungen mit hoher potentieller Nachfrage; Sinnvolle Taktung des Bahnverkehrs und Verzahnung und Abstimmung mit →

Mobilität: Sicherung des Angebots des öffentlichen Verkehrs auf Schiene und Straße, Gewährleistung darüber hinaus wichtiger Angebote der Daseinsvorsorge in zumutbarer Entfernung; flächendeckende Einführung und Bezuschussung von Sozialtickets für einkommensschwache Personen; innerhalb des geltenden ÖPNV-Gesetzes diejenigen Kommunen, die ein Sozialticket einführen, besser bezuschussen als diejenigen, die dies nicht tun;

Zugang zum schnellen Internet überall ermöglichen; leistungsfähige Breitbandnetze zum schnellen Informations- und Wissensaustausch als Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge;

Voraussetzungen für Barrierefreiheit schaffen; barrierefrei gestaltete Umwelt; deutliche Einschränkungen der Ausnahmeregelungen in der Landesbauordnung, die es immer noch erlauben, beim Bau von den Grundsätzen der Barrierefreiheit abzuweichen; zwingende Durchsetzung von Barrierefreiheit insbesondere dort, wo Investitionen mit öffentlichen Fördermitteln getätigt werden; schrittweise Erreichung des Ziels, dass alle öffentlichen Gebäude, Kommunikationsportale und Informationsquellen wirklich für alle zugänglich sind.;

	CDU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke
Infrastruktur (Forts.)	<p>← Schiene und Straße; weiterer Ausbau der Schieneninfrastruktur zwischen den Ländern; gemeinsame Entwicklung der Hochschulen der Länder; Profilierung des Raums als Hightechregion; Förderung der von den mitteldeutschen Clustern der Wirtschaft initiierten wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit; engere Abstimmung der Verwaltungen der Länder; gemeinsame Nutzung der Tourismus-Potenziale; stärkere Kooperation bei der Bestandssicherung und Neuansiedlung von Industrie, abgestimmte Wirtschaftsförderungspolitik, gemeinsame Förderung außenwirtschaftliche Kontakte; regional abgestimmte Arbeitsmarktpolitik; Etablierung der Metropolregion Mitteldeutschland; Anpassung der Flächennutzungspläne der Städte und Gemeinden an die aktuellen Ziele der Raumordnung des Landes; Weiterentwicklung der landespolitischen Ansätze eines "Demographie-TÜV"; stetige Fortschreibung der regionalisierten Bevölkerungsprognose; kinder- und jugendfreundlichere Gestaltung der Städte, Gemeinden und Landkreise; hierzu Überprüfung sämtlicher öffentlicher Dienstleistungen und Angebote; flächendeckende Versorgung mit Telekommunikationsdienstleistungen; →</p>	<p>Stärkung der eigenständigen Regionalentwicklung durch den Ausbau von regionalen Budgets bei der Förderung des ländlichen Raums; in jeder der fünf Planungsregionen wird es auch künftig mindestens eine Hochschule und ein Theater geben; Investitionen in die Breitband-Infrastruktur; Steigerung der Attraktivität des ländlichen Raums durch eine Erhöhung der "Haltekräfte", gerade für junge Familien, ausreichendes Angebot an Arbeitsplätzen, wohnortnahe Versorgung mit Kindergartenplätzen und Schulen; konsequente Fortsetzung von Stadtbau- und Stadterneuerungsmaßnahmen, von integrativen Programmen zur sozialen Stabilisierung städtischer Problemgebiete, zur Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen sowie der wirtschaftlichen Stabilisierung von Stadtquartieren; Fortführung der städtebaulichen Erneuerung zur Erhaltung und Modernisierung von Gebäuden, zur Revitalisierung von Zentren und Nebenzentren sowie zur Verbesserung des Wohnumfeldes; Einsetzung von Wohnungs- und Städtebaumitteln vorrangig für die Bestandssanierung und für junge Familien; Schaffung zusätzlichen altengerechten und barrierefreien Wohnraums;</p>	<p>Einsatz dafür, dass die Menschen entlang der Flussläufe durch ein umfassendes und nachhaltiges Hochwassermanagement geschützt werden;</p>	<p>anderen Verkehrsmitteln; im Regionalverkehr mehr Schnellverbindungen zwischen den Zentren; Übernahme von Nebenstrecken in Landesverantwortung; günstigere Monatskarten im Regionalverkehr; Verbesserung des Fernverkehrs der Bahn; Konzentration des Güterverkehrs auf die Schiene; Geltung der Lkw-Maut mittelfristig für alle Straßen; gegen den Ausbau der Elbe und den Bau des Saalekanals; Förderung des Fußverkehrs in Städten und Gemeinden; Anhebung des Anteils der Radfahrten am Gesamtverkehr auf 20 %; Reservierung von Straßenbaumitteln für den Radverkehr entsprechend seines Anteils am Gesamtverkehr; Ablehnung des Flughafens Cochstedt; gemeinsames Flughafenkonzept mit Sachsen und Thüringen; Einführung von emissions- und tageszeitabhängigen Landegebühren und eines bundesweiten Nachtflugverbotes;</p> <p>Ländliche Räume auf Zukunft einstellen; Aufbau moderner intelligenter Versorgungsstrukturen im Bereich Gesundheit, Pflege, Verkehr und Einzelhandels; flexible Lösungen zum Erhalt der Grundversorgung für dünn besiedelte Regionen, kreative Anpassung und gegebenenfalls Rückbau der baulichen und technischen →</p>	<p>Vorhalten von bedarfsgerechtem Wohnraum darf nicht allein dem Markt überlassen werden, sondern verlangt einen starken kommunalen und genossenschaftlichen Sektor; Einrichtung eines Fonds für Tilgung und Zinshilfen zur Ablösung von Krediten der Wohnungsbauunternehmen bei der Investitionsbank des Landes; Prüfung der Möglichkeit von Liquiditätshilfen und der Bereitstellung von Sicherheiten; Hinwirken auf eine langfristige Planungssicherheit bei den Bundesfinanzhilfen für den Stadtbau Ost; Einsatz für die endgültige Lösung der Altschuldenproblematik beim Bund; Wiederaufstockung des Anteils des Bundes an den Kosten der Unterkunft;</p>

Wahlprogramme der Parteien in Sachsen-Anhalt 2011

CDU

SPD

FDP

Grüne

Die Linke

Infrastruktur (Forts.)

Erhalt allgemein zugänglicher Kunst- und Kulturangebote in allen Landesteilen;
 Erhalt bedarfsgerechter Kitaplätze und Tagespflegestellen;
 Fortführung des Stadtumbaus im Rahmen einer verlässlichen und frühzeitigen Mittelbereitstellung;
 Erhalt eines eigenständigen Förderweges für die Stadtsanierung im ländlichen Bereich;
 Weiterentwicklung der Wohneigentumsförderung mit einer Familienkomponente;
 Stabilisierung der Bauwirtschaft in Sachsen-Anhalt;
 Sicherung einer hohen Investitionsquote im Infrastrukturbereich;
 effektivere Gestaltung der technischen Straßenverwaltung und Zusammenführung der Bau- und Liegenschaftsverwaltung des Landes;

Erweiterung der Förderung von Eigentümermoderatoren;
 Sicherung angemessenen Wohnraums für Empfänger von Wohngeld und ALG II;
 Evaluierung und gegebenenfalls Veränderung der Landesbauordnung in enger Abstimmung mit den Bauaufsichtsbehörden und Praktikern;
 keine Kürzungen beim Wohngeld, bei der Städtebauförderung und bei den KfW-Programmen zur Gebäudesanierung;

← Infrastruktur; Erhaltung einer möglichst wohnortnahen medizinischen Versorgung und Etablierung von Schulen als kulturelle Zentren auch in dünn besiedelten Gebieten;

CDU

SPD

FDP

Grüne

Die Linke

Inneres

Sicherheit: weiterhin angemessener Einstellungskorridor für die Polizei; vorziehen in der Zukunft vorgesehener Einstellungen; höhere Strafen für Angriffe gegen Polizeibeamte, Angehörige von Feuerwehren und andere Hilfs- und Rettungsdienste; Rückgängigmachung der Einrichtung der Beschwerdestelle zur Meldung von Vorfällen und Beschwerden im Polizeibereich; Erhalt der Bereitschaftspolizei; Schaffung der rechtlichen Rahmenbedingungen für eine entschiedene Bekämpfung von Terrorismus und Kriminalität; Novellierung des Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung; Verbesserungen in der kriminaltechnischen Arbeit, insbesondere in IT-Bereich; Weiterentwicklung von Feuerwehr und Katastrophenschutz; Rückgängigmachung der Streichung des kommunalen Anteils an der Feuerchutzsteuer; Erhalt der Brandschutz- und Katastrophenschutzschule und des Instituts der Feuerwehr in ihrer jetzigen Form; gegen Stellenkürzungen in diesem Bereich;

Kriminalitätsbekämpfung: modern ausgestattete und zukünftig verjüngte Polizei; Erhöhung der Anwärterzahlen in der Polizei auf 180 pro Jahr ab 2011, Beibehaltung bis ins nächste Jahrzehnt; Anpassung der Aus- und Fortbildung der Polizei an die neuen Herausforderungen; starke Feuerwehren: Unterstützung von Maßnahmen zur Nachwuchsgewinnung; Förderung des Jugendfeuerwehrbereichs; gemeinsame Organisation vor Ort einer verstärkten Zusammenarbeit der Wehren; Anpassung der Ausbildung an die gestiegenen Anforderungen; finanzielle Unterstützung der Kommunen bei der stetigen Erneuerung der Fahrzeug- und Gerätetechnik der Feuerwehren auf der Grundlage vorgelegter Brandschutzbedarfspläne;

Datenschutz: besserer Schutz aller Bürger vor Datenmissbrauch; Verbesserung der Datenschutzkontrollen; Stärkung der informationellen Selbstverteidigung neben der informationelle Selbstbestimmung; Internet darf nicht weiter zum rechtsfreien Medium werden; verbesserter Datenschutz und spezifisches Arbeitnehmerdatenschutzgesetz; öffentlicher und privater Datenschutz gehören in eine Behörde;

Sicherheit: Ziel: ausgewogene Balance zwischen der Wahrung der Freiheitsrechte der Bürger und dabei der Gewährleistung der objektiv notwendigen Sicherheit; personell gut aufgestellte Landespolizei, deutliche Erhöhung der Einstellungen bei der Polizei, ausreichend qualifiziertes und erfahrenes Personal für Führungsaufgaben; Abbau des hohen Standesamt über Stunden, finanzielle Abgeltung eines Teils; Ergebnis offene Prüfung, welche Aufgaben aufgrund der ständig sinkenden Zahl an Polizeibeamtinnen künftig nicht mehr von der Polizei wahrgenommen werden können; kontinuierliche Ergänzung des derzeit hohen Ausrüstungsstandes der Landespolizei, besonders im IT-Bereich; Personell und sächlich gut ausgestatteter Verfassungsschutz; derzeit aber kein Handlungsbedarf bei der Schaffung weiterer gesetzlicher Kompetenzen; Überprüfung und Verbesserung der Arbeit der Katastrophenschutzbehörden; Stärkung des Brand- und Katastrophenschutzes;

Datenschutz: Einsatz für Schutz und Stärkung des Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung; Ablehnung der steigenden Zahl von Telefonüberwachung und →

Bürgerrechte: Bekämpfung von Terrorismus und Kriminalität, ohne Freiheitsrechte unverhältnismäßig einzuschränken; grundsätzliche Ablehnung der Vermischung von Aufgaben von Polizei und Verfassungsschutz; Zurückfahren der Kompetenzen des Verfassungsschutzes auf das absolut Notwendige, Stärkung des parlamentarischen Kontrollgremiums; wirksamere Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität; Einführung eines Korruptionsregisters; Ablehnung der Videoüberwachung öffentlicher Straßen und Plätze; von Online-Durchsuchungen und präventiver Telekommunikationsüberwachung; gegen jede Form der Vorratsdatenspeicherung; Abschaffung der Rasterfahndung; Entflechtung und Abbau polizeilicher Doppelstrukturen; Weiterführung der notwendigen Reformen der Polizei; Intensivierung der Aus- und Weiterbildung; Umbau der Polizeibeschwerdestelle zu einer unabhängigen Behörde; eindeutige Kennzeichnung durch Namensschilder;

Datenschutz: neue Politik für Datenschutz, Datensicherheit und selbstbestimmte Bürgerinnen und Bürger; Ablehnung jeder Datenschnüffelei; Erhöhung der Strafzahlungen für Vergehen gegen den Datenschutz,

Öffentliche Sicherheit: Einsatz für angemessene Präsenz der Polizei in der Fläche, gegen eine sich ausbreitende Videoüberwachung; Sicherung der Effizienz des Polizeivollzugs durch Erhöhung von Ausbildungskapazitäten und Optimierung polizeilicher Strukturen; Ablehnung der Rasterfahndung als Bedrohung der rechtsstaatlichen Unschuldsvermutung; Änderung des Versammlungsgesetzes mit dem Ziel der Aufhebung des festgeschriebenen Versammlungsverbot an bestimmten Tagen und Orten; Kennzeichnungspflicht uniformierter Polizeibeamter; Unterstützung der Einrichtung einer Beschwerdestelle Polizei außerhalb des klassischen Dienstweges, räumlich und personell getrennt vom Innenministerium;

Datenschutz: Öffentliche Daten, wie zum Beispiel anonyme statistische Daten über die Bevölkerung oder Geodaten, müssen zur freien Benutzung bereitgestellt werden; aber: gegen alle Bestrebungen, bei denen persönliche Daten gesammelt, ohne Wissen der Betroffenen zentral gespeichert und zu Profilen ausgewertet werden;

CDU

SPD

FDP

Grüne

Die Linke

Inneres (Forts.)

Integration: Schaffung eines attraktiven Angebotes an Integrationskursen und kulturellen Projekten; Stärkung der Akzeptanz von Zuwanderung in der einheimischen Bevölkerung;
Vertriebene: Erhalt des kulturellen Erbes der Heimatvertriebenen im öffentlichen Bewusstsein, Ermöglichung der Wahrnehmung ihrer kulturellen Aufgaben; angemessene Berücksichtigung und verbindliche Verankerung der Vertreibung im Schulunterricht und in der Lehrerbildung;

Integration, Zuwanderung: Förderung der interkulturellen Begegnungszentren; Eintreten für die interkulturelle Öffnung von öffentlichen Einrichtungen und Verwaltungen durch Fortbildungen, Sensibilisierung und Erhöhung des Anteils von Menschen mit Migrationshintergrund;
Schaffung der Möglichkeit für Migranten, die sich seit fünf Jahren legal in Deutschland aufhalten, an Kommunalwahlen teilzunehmen;
Verbesserung des Zugangs zu Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt durch gezielte Fördermaßnahmen; gleichberechtigte Anerkennung gleichwertiger ausländischer Abschlüsse;
Förderung des Landesnetzwerks der Migrantenselbstorganisationen;
Verbesserung der Situation von Flüchtlingen, insbesondere durch dezentrale Wohnungsunterbringung;

← Überprüfungen von Kontodaten sowie der anlasslosen Speicherung von Daten im Rahmen der online Durchsuchung und der Vorratsdatenspeicherung; Ablehnung der Einfügungen von Lachskennern zum derzeitigen Zeitpunkt; wissenschaftliche Evaluierung zur Feststellung, welche Grundrechtseingriffe tatsächlich die Sicherheit objektiv verbessern; Zusammenlegung der Aufsicht beim Datenschutzbeauftragten;
Integration, Zuwanderung: Deutschland ist Einwanderungsland, Zuwanderung ist ein positives Phänomen; Schaffung von noch mehr Anreizen für qualifizierte Zuwanderer; zielgerichtete Integrationspolitik, Einrichtung eines Punktesystems; Evaluierung der Sprach- und Integrationskurse dauerhaft hinsichtlich ihrer Qualität;

Justiz: Stärkung des Rechtsstaats; moderne und leistungsfähige Justiz, gute personelle Ausstattung, gut ausgebildetes und motiviertes Personal; Schwerpunkt in der kontinuierlichen Weiterbildung, insbesondere im Bereich des Europarechts; personelle Verstärkungen im Bereich der Sozialgerichte; Nutzungen des Neueinstellungskorridors zur Verstärkung der Anzahl der Rechtspfleger; →

Prüfung konkreter Entschädigungen und Strafzahlungen an Betroffene von Datenschutzverstößen, auch bei immateriellen Schäden; besserer Schutz von Meldedaten zu deren Abgabe die Bürger verpflichtet sind, Änderung des Landesmeldegesetzes (Einwilligungsvorbehalt);
starke und unabhängige Datenschutzaufsicht; Zusammenführung der Aufgaben allein beim Landesbeauftragten für Datenschutz; Datenschutz-Audit-Gesetz; Stärkung des Datenschutzes für Arbeitnehmer

Zuwanderung, Integration: Senkung der Hürden für Zuwanderung; Senkung der Einkommengrenze für Arbeitskräfte aus dem Ausland, Vereinfachung des Verbleibs internationaler Studierender; leichtere Anerkennung der Bildungsabschlüsse aus anderen Ländern, Angeboten, diese mithilfe von Fortbildungen deutschen Abschlüssen vergleichbar zu machen;
Abbau unnötiger Hürden zur Einbürgerung; wer seinen Lebensmittelpunkt in einer Kommune in Sachsen-Anhalt hat, muss hier auch politisch mitentscheiden können;
Unterstützung für Aktivitäten und Projekte, die Wissen über andere Kulturen vermitteln und sich →

Integration: gleiche Rechte für Migrantinnen und Migranten; Ablehnung eines Strafrechts, das nur Nichtdeutsche treffen kann; generelle Abschaffung der Residenzpflicht;
Einsatz für jede praktische Verbesserung, wie die prinzipielle Gebührenfreiheit und die Genehmigung von Sammelverteilungen für die wiederholte Möglichkeit, sich innerhalb des Landes frei zu bewegen;
Streichung des Vorrangs der Sammelunterbringung zu Gunsten der Unterbringung in Wohnungen im Landesaufnahmegesetz;
Abschaffung der Dauerduldung, damit Asylbewerberinnen und Asylbewerber nicht in der ständigen Angst vor Abschiebung leben müssen;
Anerkennung der beruflichen und akademischen Abschlüsse von Menschen, die aus humanitären Gründen über einen unbegrenzten Aufenthaltstitel verfügen;
Menschen ohne Staatsbürgerschaft und Nicht-EU-Bürger, die dauerhaft in Sachsen-Anhalt leben, sollen wie EU Bürgerinnen und EU-Bürger auch an kommunalen Wahlen teilnehmen können;

CDU

SPD

FDP

Grüne

Die Linke

Inneres (Forts.)

Justiz: optimale Rechtssicherheit durch zügige Verfahren; wo immer möglich Vereinheitlichung der Gerichtsverfassungen und Prozessordnungen; Zweckmäßigkeit und Effektivität des Rechtsschutzes im Vordergrund; Opferschutz vor Täterschutz; flächendeckende Vorhaltung von Opferberatung und Opferbetreuung; Konsequenter Schutz für Polizei, Feuerwehr und Rettungskräfte durch das Strafrecht; Überarbeitung des Strafgesetzbuchs zum Schutze jener, die von Amts wegen für die Rechtsordnung eintreten beziehungsweise Kraft besonderen Auftragshilfe leisten, um Schaden von Dritten abzuwenden oder einzudämmen;

Justiz: Stärkung der Bürgerrechte durch Verankerung von Kinderrechten und eines Bürgerbeauftragten in der Landesverfassung; Ausweitung der Möglichkeiten vor- und außergerichtlicher Streit-schlichtung zum Beispiel durch gerichtснаhe Mediation oder Schülergerichte; Weitere Modernisierung des Strafvollzugs durch Verbesserung der Sicherheit, der Behandlungskonzepte und der Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiter in den Haftanstalten; Verbesserung der Wiedereingliederung, der Nachsorge und des Übergangsmangements durch Stärkung der sozialen Dienste der Justiz und der freiwilligen Straffälligen- und Bewährungshilfe; Stärkung des Zeugen- und Opferschutzes, Ausbau der Opferbetreuung, Fortführung des Täter-Opfer-Ausgleichs, insbesondere für Jugendliche; Nutzung aller Möglichkeiten der Verfahrensbeschleunigung;

← langfristiges Anstreben einer weitgehenden elektronischen Aktenführung, kontinuierliche Erneuerung der Ausstattung der Justiz mit moderner Technik und der dazugehörigen Software; Jugendstrafrecht: abgestufter Maßnahmenkatalog und wirksame Prävention statt Erhöhung der Höchststrafe oder Senkung des Alters der Strafmündigkeit; Durchführung eines Modellprojekts nach dem Vorbild des Projekts "Chance", freie Form des Jugendstrafvollzugs; Opferschutz: weiterhin Unterstützung des Instruments des Täter-Opfer-Ausgleichs; ständige Evaluation der personellen Situation; kontinuierliche Weiterbildung der Mitarbeiter; Errichtung einer Stiftung Opferschutz; Strafvollzug: gute personelle Ausstattung der Justizvollzugsanstalten und der Jugendanstalt Raßnitz; mittelfristig deutliche Erhöhung des Prozentsatzes des offenen Vollzugs; Prüfung, ob eine gemeinsame Verantwortung für Justizvollzug und Maßregelvollzug eingesetzt werden sollte; Modernisierung des Systems der JVAen, Schließungen ganzer als Anstalten;; langfristige Notwendigkeit des Neubaus einer JVA Halle, da bei Prüfung moderner Finanzierungsformen;

← für die Achtung der Würde aller Menschen einsetzen; Schaffung verbesserter Möglichkeit für Migranten für eine Anstellung im öffentlichen Dienst; dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen mit einem Aufenthaltsstatus; ungehinderter Zugang von Kindern und Jugendlichen zu Kindertagesstätten, Schulen und Ausbildungen; Abschaffung der Residenzpflicht; Justiz: effizientere Organisation, ohne den Rechtsschutz der Bürger zu beschneiden oder die unabhängige Stellung der Richter zu beeinträchtigen; Fortentwicklung und Vereinfachung der Verfahrensordnungen; Reform des Sanktionsrechts; Ablehnung einer Verschärfung des Jugendstrafrechts; Neuregelung des Jugendstrafvollzugs; Ablehnung einer regelmäßigen Anwendung des Erwachsenen Strafrechts sowie der Sicherungsverwahrung für Jugendliche; Stärkung von Mediation und Täter-Opfer-Ausgleich; Ausweitung von Opferschutzprogrammen und Einrichtung eines flächendeckenden Netztes von Opfer Hilfeeinrichtungen; verbesserter Datenschutz für Zeugen;

CDU

SPD

FDP

Grüne

Die Linke

Inneres (Forts.)

Kommunen: Ablehnung von Bestrebungen, die auf einen neuen Zuschnitt der Gebietsgrenzen der Kommunen gerichtet sind; Zurückweisung der Forderung, in Sachsen-Anhalt die Zahl der Landkreise auf fünf zu reduzieren; verlässliche Kommunalfinanzen: Finanzausgleich soll ab 2012 Aufgaben bezogen erfolgen; Untersuchung, wie durch den Abbau überflüssiger Regulierungen und Standards sowie durch Aufgabenverzicht die Kommunen entlastet werden können; Garantie einer aufgabenbezogenen verlässlichen Finanzausweisung unter Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände; Unterstützung der Kommunen bei ihrer Entschuldung auf der Grundlage von Konsolidierungsvereinbarungen; bürgernahe Verwaltung: weiteres Vorantreiben der Modernisierung der Verwaltung; Schaffung des noch ausstehenden Landesorganisationsgesetzes; landesweite flächendeckende Einführung der einheitlichen Behördenrufnummer 115;

Landesorganisation: Stärkung der Städte, Gemeinden und Landkreise; Bekenntnis zur Einheitsgemeinden als grundsätzlich effizientester Verwaltungseinheit; Phase der Kontinuität: Gebietsveränderungen nur dann, wenn sie von den Bürgern der beteiligten Gemeinden gewünscht sind; Übertragung der Schulaufsicht sowie der Unterhaltung der Landes- und Bundesstraßen auf die Landkreise; Überdenken der derzeitigen Aufgabenverteilung zwischen den Landkreisen und Gemeinden; Prüfungen im Rahmen einer "interkommunalen funktional", welche Aufgaben künftig von den Städten und Gemeinden übernommen werden können; Zusammenführung der gesetzlichen Regelungen, die die Kommunen betreffen, in einem Kommunalverfassungsgesetzbuch;

Landesorganisation: Erhaltung der bürgernahen Gemeindestruktur; Einführung einer verbindlichen Ortschaftsverfassung für alle Städte und Gemeinden; Stärkung der Ortschaftsräte in eigenverantwortlichen Angelegenheiten; Ortschaftsräte sollen eigene Finanzmittel bekommen; Verbesserung des Verhältnisses zwischen Ortschafts- und Gemeinderat; Fortführung der gewachsenen dörflichen und häufig ehrenamtlichen Strukturen auch im neuen Gemeindestrukturen; bürgernahe Verwaltung in den Kommunen, die die Potenziale bessere Arbeitsteilung und Spezialisierung erschließt;

Landesorganisation: Stärkung der fünf Planungsregionen, Möglichkeit geben, ihre eigenen Entwicklungspotenziale zu entfalten; starke Oberzentren in allen fünf Regionen; 24 Mittelzentren als Rückgrat der öffentlichen Daseinsvorsorge; in den neu entstandenen Verbands- und Einheitsgemeinden sollen die Menschen eigenständig über die örtliche Verteilung der Daseinsfunktionen entscheiden können; Stärkung der direkten Bürgerbeteiligung im Land und in den Kommunen; Verbesserung der Möglichkeiten von Bürgerbegehren und -entscheiden; Absenkung der Quoren, Anwendung von Instrumenten wie Bürgerhaushalt; deutliche Stärkung kommunaler Kompetenzen in Bezug auf Bildung; Übertragung wichtiger Entscheidungskompetenzen in der Schulentwicklungsplanung auf die Landkreise und kreisfreien Städte; erweiterte Möglichkeiten bei der Ausgestaltung der Schulformen zur Zusammenfassung und Kooperation von Schulen untereinander und mit anderen Bildungs-, Wissenschafts- und Kultureinrichtungen sowie für regional spezifische Angebote im schulischen Bereich;

CDU

SPD

FDP

Grüne

Die Linke

Inneres (Forts.)

Sport: Förderung der Eliteschulen des Sports, Stärkung des Olympiastützpunktes, Ermöglichung dualer Sportlerkarrieren bei der Landespolizei-, in der Hochschulausbildung und in der Wirtschaft; Einbringung eines Sportfördergesetzes als Grundlage für eine verlässliche finanzielle Förderung des Breiten- und des Leistungssports; Stärkung der Kreissportbünde und des Landessportbundes als Dachverbände des organisierten Sports; konsequente Umsetzung des neuen Leistungssportkonzeptes des Landessportbundes; verstärkte Unterstützung der ehrenamtlichen Tätigkeit im Sport; intensivere Nutzung des gesundheitfördernden und präventiven Potenzials des Sports; verstärkte Aufmerksamkeit auf den Sport mit Senioren und den wachsenden Bedarf an Sportangeboten für ältere Bürger;

Sport: verlässliche Finanzierung des Landessportbundes bei gleichzeitiger Erfüllung der Konsolidierungsaufgaben; Verstärkung der Förderung von Landesfachverbänden, Kreis- und Stadtsportbünden und Vereinen; Unterstützung der Olympiastützpunkte, Leistungszentren, Eliteschulen des Sports und der Sportinternate; Fortführung des "Junior Team Olympia"; Unterstützung des Behindertensports, Stärkung des Schulsports, Förderung des Übergangs von der Schule in den Sportverein; Unterstützung des Landessportbundes und der Landesfachverbänden bei ihrem präventiven Anti-Doping-Aktivitäten;

Sport: Bereitstellung preiswerter Sportstätten; Infrastruktur, die der Demographie und regionalen Erfordernissen entspricht; Mindestausstattung von Freianlage und Halle für Schulstandorte; Sicherstellung von Schwimmunterricht; Antidopinggesetz, mit umfangreichen Befugnissen für staatliche Ermittlungsbehörden; Reform des bestehenden Systems der Gemeinnützigkeit; volle steuerliche Abzugsfähigkeit von Beiträgen und Zuwendungen an Sportvereine; Sportförderung mit größtmöglicher Staatsferne;

Sport: Unterstützung insbesondere des Breitensports, aber auch des Spitzensports; Förderung ehrenamtlichen Engagements im Sport; Erhalt von Sportstätten, Spielplätzen und Strukturen; förderungswürdig besonders die Sportvereine, die durchgängig Angebote für Kinder und Jugendliche, vor allem für Mädchen, in allen Altersklassen haben; sozial gestaffelte Eintrittsgelder bei Schwimmbädern und anderen sportlichen Einrichtungen;

Sport: Teilhabe an sportlichen Angeboten für alle Menschen sichern; Beibehaltung der unentgeltlichen Nutzung kommunaler Sportstätten für den Vereins- und Breitensport; Stärkung der Verantwortung der Kreis- und Stadtsportbünde für die Entwicklung des Sports in der Region; Finanzierung der Arbeit muss auch künftig auf sicheren Füßen stehen;

CDU

SPD

FDP

Grüne

Die Linke

Inneres (Forts.)

Kultur/Medien: Kultur als Standortfaktoren nutzen und weiter entwickeln; Unterstützung der Kunststiftung des Landes, der Burg Giebichenstein, der Kunstvereine und Galerien;
 Evaluierung und effizientere Ordnung der Literaturförderung; Stärkung des Musikunterrichts und der Kooperation mit den Musikschulen durch ein Jahr der Schulmusik; Weiterentwicklung der Kooperation von Theatern und Schulen;
 Denkmalschutz: Gewährleistung eines auskömmlichen finanziellen Rahmens;
 Unterstützung der Träger von Theater und Orchester, dass sie auch in vorwiegend ländlichen Räumen weiterhin ein attraktives Theater- und Konzertangebot vorhalten können;
 Medien: Chancen der Digitalisierung aktiv nutzen; Sicherung der Vielfalt und Qualität der Medien; Bekenntnis zum dualen System von öffentlich-rechtlichem und privatem Rundfunk; Stabilisierung der Rundfunkgebühren, keine höheren Gebühren wegen neuen Gebührenmodell;
 qualifizierte Medienerziehung; Steigerung der Breitband Versorgung insbesondere im ländlichen Raum; bezahlbarer Zugang zu schneller und umfassender Information und zu neuen Medien angeboten;

Kultur: Einstehen für die öffentliche Förderung von Kunst und Kultur; Weiterentwicklung der Leitlinien zur Kulturpolitik zu einem Landeskulturkonzept, zusammen mit den kulturellen Einrichtungen, Verbänden und Trägern;
 Kulturförderung des Landes muss sowohl der besonderen Bedeutung der Zentren als auch den kulturellen Ansprüchen in der Flächerechnung tragen;
 Unterstützung der Entwicklung der Kultureinrichtungen zu außerschulischen Lernorten und der Bemühungen von Trägern für einen kostenfreien Eintritt von Kindern und Jugendlichen in Kultureinrichtungen;
 Einsetzen für die Förderung des musikalischen Nachwuchses, Stärkung der Musikschulen im Land; Pflege und Weiterentwicklung der vielfältigen und attraktiven Museumslandschaft;
 konzeptionelle Weiterentwicklung der Landesliteraturförderung und der Leseförderung in Zusammenarbeit mit Schulen;

Kultur / Medien: Theater und Orchester als Grundversorgung; Unterstützung von Soziokultur durch Bereitstellung von Gebäuden, aber nicht durch direkte finanzielle Zuwendungen, die Abhängigkeiten schaffen;
 Wahrung der Chancengerechtigkeit zwischen privaten und öffentlichen Einrichtungen im Rahmen der kulturellen Bildung;
 Einfache Steuerregeln für Künstler, Galeristen, Kunst- oder Musiklehrer; Erhalt der Künstlersozialkasse in ihrer Struktur;
 Bekenntnis zum dualen Rundfunksystem in Deutschland; auch künftig Sicherstellung des breiten Angebots von öffentlich-rechtlichem Rundfunk, privaten Rundfunkanbietern und Bürgermedien; Konzentration des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auf dem Grundversorgungsauftrag; Neuregelung der Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks;
 Prüfung, ob auf das bisherige System der Gebühreneinzahlung durch die GEZ verzichtet werden kann;
 Unterstützung von Initiativen, die Kinder, Lehrer und Eltern im kritischen Umgang mit Medieninhalten schulen und weiterbilden, weitere Verbesserung der Rahmenbedingungen und Stärkung der Medienwirtschaft.

Kultur/Medien: Kulturraumgesetz zur Finanzierung und Erhaltung der kulturellen Infrastruktur stabile soziale Absicherung für Künstler und in der Kultur Beschäftigte; Erhalt und Stärkung der Künstlersozialversicherung; Entwicklung neuer Instrumente der wirtschaftlichen Künstlerförderung;
 Ermöglichung einer lebendigen Bürgerkultur, die die institutionalisierte Kultur ergänzt und alle einbezieht;
 Stärkung des Denkmalschutzes; finanzielle Förderung des Baukulturerbes; Prüfung von Verfahren, wie über einen längeren Zeitraum ungenutzte Immobilien wieder der Allgemeinheit zugänglich gemacht und erhalten werden können;
 Nachdenken über Formen der Enteignung, wenn Immobilienbesitzer ihrer Verantwortung für ein Gebäude über Jahre nicht nachkommen; Prüfung, welche Möglichkeiten zur Legalisierung sogenannter Instandbesetzungen praktikabel und möglich sind;
 gezielte Förderung der gewachsenen Strukturen und Potenziale der Kultur- und Kreativwirtschaft unter Einbeziehung der Kulturschaffenden;
 Unterstützung der alternativen Jugendkultur; kommunale Kulturförderabgabe,

Kultur: solidarisches Kulturfördergesetz auf den Weg bringen; Schaffung rechtlicher Grundlagen, die kommunale Netzwerke und Kulturverbände in verschiedenen Bereichen ermöglichen und in unterschiedlicher Weise fördern;
 verlässliche Mitfinanzierung überregional bedeutsamer Kultureinrichtungen mit Landesmitteln, Unterstützung verschiedener Träger, die sich zu kulturellen Netzwerken verbunden haben;
 Fortsetzung der Landesförderung für besondere Angebote im Landesinteresse, wie Theater und Orchester;

CDU

SPD

FDP

Grüne

Die Linke

Inneres (Forts.)				<p><u>Medien:</u> drastische Erhöhung der verfügbaren Informationen auf den Internetseiten öffentlicher Stellen;</p> <p>Freier Internetzugang für alle Einwohner, Gewährleistung der Netzneutralität; Ablehnung von Netzsperrungen wie Sperr- und Stoppschildlösungen; stattdessen Löschung der Daten;</p> <p>Einsatz für rechtliche Rahmenbedingungen, durch die Internetnutzer anderen die Nutzung gewähren können, ohne Angst vor Kündigung durch den Provider, vor Schadensersatzforderungen oder Haftungsproblemen haben zu müssen;</p> <p>konsequenter Einsatz für den Ausbau des Breitbandnetzes; Breitbandversorgung als Teil der Daseinsvorsorge;</p> <p>Entwicklung der Medienvielfalt; konsequentes Eintreten für die Stärkung der Unabhängigkeit der Medienanstalt Sachsen-Anhalt; weitere finanzielle Förderung vielfältiger freier Bürgermedienangebote nicht nur in Schulen und Volkshochschulen;</p>	
-------------------------	--	--	--	--	--

	CDU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke
Umwelt, Energie und Lebensqualität	<p><u>Energie:</u> Ziel: sichere und preisgünstige Versorgung der Bevölkerung der Unternehmen; Setzen auf heimische Braunkohle und nachwachsende Rohstoffe; grundsätzliche Ablehnung von Subventionen für einzelne Energietechniken auf Kosten des Staates oder der Wettbewerbsfähigkeit des Strompreises über das Maß klar befristeter Anschubfinanzierung für neue Techniken hinaus; Entwicklung der Windenergienutzung mit Augenmaß; Ablehnung einer dauerhaften finanziellen Förderung; Nutzung der energetischen Verwendung von Biomasse;</p>	<p><u>Energie:</u> Mehr Wettbewerb im Strom- und Gasmarkt, mehr Transparenz bei den Betriebskostenabrechnungen; Zusammenführung der Stromnetze unter staatlicher Aufsicht in einer Deutschen Netz AG; auf Nutzung der Braunkohle zur Energiegewinnung kann auf absehbare Zeit nicht verzichtet werden; Unterstützung für die Forschung und Entwicklung zu ihrer modernen stofflichen Verwertung in der chemischen Industrie; Fortführung der Forschung zur Kraft-Wärme-Kopplung; Ausstieg aus der Atomkraft; gezielte Forschungen im Bereich der Energiewirtschaft und der Speichermedien an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen; kritische Begleitung der Forschung zur CO₂-Speicherung; Schaffung der Voraussetzungen für die Modernisierung beziehungsweise den Austausch von Windkraftanlagen; Schaffung eines Netzes von unabhängigen Energieberatungsstellen für Verbraucher; Stärkung der Stadtwerke als dezentrale Energieversorger; Vorantreiben der Nutzung von erneuerbaren Energien und Maßnahmen zur Energieeinsparung in den Einrichtungen des Landes; Weiterentwicklung des erneuerbare Energiengesetzes mit Augenmaß;</p>	<p><u>Energie:</u> Priorität für Leistungserhöhung bestehender Anlagen statt Ausweisung neuer Standorte; Ablehnung einer nachträglichen Ausweisung von Vorrangbeziehungsweise Eignungsgebieten, wie im Entwicklungsplan 2010 vorgesehen; anstreben eines ideologiefreien Energiemix, Ersatz alter Kohlekraftwerke durch neue effizientere und weitere Nutzung der heimischen Braunkohle; Schaffung einer technischen Möglichkeit, den Strom aus den regenerativen Energiequellen zu speichern und damit grundlastfähig zu machen; Konzentrierung der Fördermittel im Bereich erneuerbarer Energien auf Forschung und Entwicklung, zum Beispiel leistungsstarke Speichertechnologien, virtuelle Kraftwerke und intelligente Netze;</p>	<p>Energieverbrauch konsequent durch Einsparungen und Effizienz senken; verbleibender Energiebedarf muss durch erneuerbare Energien gedeckt werden; 20 % Senkung des Primärenergieverbrauchs durch Einsparungen und Effizienz bis 2020, 30 % Senkung des Energieverbrauchs der öffentlichen Hand, 23 % Anteil der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch; mittelfristig vollständiger Ausstieg aus Förderung und Verbrennung von Kohle; gegen neue Tagebaue und gegen den Bau von neuen Kohlekraftwerken; vorhandene moderne Braunkohlekraftwerke sollen nur noch bis ca. 2035 laufen; Beendigung der Begünstigung der Braunkohle durch kostenlose Vergabe der Förderrechte; Förderabgabe; keine Endlagerung von CO₂; gegen das geplante Lager in der Altmark; Festhalten am Ausstieg aus der Nutzung der Atomenergie; keine Laufzeitverlängerungen; tragfähiges Stilllegungskonzept für das Endlager Morsleben; Energieversorger sollen angemessen an den Stilllegungskosten beteiligt werden; Erneuerung des Energiemarktes; Ausbau energiewirtschaftlicher Kooperationen zwischen den Stadtwerken; Einrichtung einer landeseigenen Energieagentur;</p>	<p><u>Energie:</u> Ablehnung der Endlagerung von CO₂ in den Erdgasfeldern der Altmark, auch zu Versuchszwecken; Festlegung konkreter Ziele für den Klimagasausstoß, den Ausbau der erneuerbaren Energien und die Steigerung der Energieeffizienz für das Jahr 2020; Senkung der kraftwerksseitigen CO₂-Emissionen im Strom- und Wärmesektor um mindestens 10 % gegenüber 2010, Steigerung des Anteils von Strom- und Wärmebereitstellung aus erneuerbaren Energien auf mindestens 50 %; Einrichtung einer Energie- und Klimaschutzagentur Land; Beginn weiterer Projekte für virtuelle Kraftwerke und zur Stromspeicherung; Prüfung einer Nutzung von Tagebaurestlöchern als mögliche Pumpspeicherreservoir; 1% der Landesfläche für die Errichtung von Windkraftanlagen als langfristiges Flächenausbaziel; Erfassung von geeigneten Flächen für Fotovoltaikanlagen in einem landesweiten Kataster, öffentliche Ausschreibung zur Nutzung; Prüfung von Nutzungsmöglichkeiten tieferer Biothermie und gegebenenfalls Vorbereitung ihrer Anwendung; Geltung des Erneuerbare-Energien-Wärmegesetzes auch für Bestandsbauten;</p>

CDU

SPD

FDP

Grüne

Die Linke

Umwelt, Energie und Lebensqualität (Forts.)

Natur- und Umweltschutz: Umsetzung der Strategie des Landes zum Schutz der biologischen Vielfalt; Pflege und Entwicklung der Schutzgebiete des Landes als Kernflächen der Lebensräume für Pflanzen und Tiere; Fortentwicklung der "zusammenhängenden europäischen ökologischen Netze" aus FFH-Gebieten und EU-Vogelschutzgebieten gemäß den Anforderungen der Europäischen Union; Verringerung des Flächenverbrauchs durch vorsorgende Landschaftsplanung; ; Bekämpfung des Klimawandels: Gebäudesanierungen, umweltfreundliche Mobilität, Energieeffizienz und Energieeinsparung; Ausbau der erneuerbaren Energien sowie der Kraft-Wärme-Kopplung; weitere Senkung der Belastung mit Stickoxiden und Feinstaub insbesondere in den Ballungsgebieten; Bekämpfung der Lärmbelastung; nachhaltiger Ausbau des Anteils erneuerbarer Energien am Energiemix; sozialverträgliche Maßnahmen zur effizienten Energieeinsparung für bestehende Gebäude; Intensivierung der Forschung zum Klimaschutz, aktive Unterstützung von Modellregionen für Klimaschutz; Stärkung der Umweltallianz in ihren Strukturen; weiteres Vorantreiben der Nutzung von Biomasse;

Natur- und Umweltschutz: kontinuierliche Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes des Landes unter Beteiligung der Umweltverbände; kontinuierliche Fortschreibung und schrittweise Umsetzung des Aktionsplanes des Landes zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels; Schaffung eines einheitlichen Umweltgesetzbuches; Fortsetzung der Umweltallianz von Land und Unternehmen zur Förderung von Umweltaktivitäten in den Unternehmen; Weitere Reduzierung von Lärmbelastung und Umweltverschmutzung; Bewahrung und Weiterentwicklung des ausgeprägten Netzes sachsenanhaltischen und europäischen Naturerbes;

Natur- und Umweltschutz: Definition des Marktwertes der Schutzgüter über einen Preis statt staatlicher Verbotspolitik als herausragendes Instrument des Ressourcenschutzes; Beendigung des zunehmenden Flächenverbrauchs bei sinkender Bevölkerung; Flächenzertifikate sollen handelbar werden; Ermöglichung von Emissionen, egal in welchem Aggregatzustand, nur noch über handelbare Zertifikate; zur Verhinderung von Umweltdumping Ausgestaltung so, dass die Instrumente nicht zur Abwanderung der Industrieproduktion in Länder mit niedrigeren Standards führen; stärkere Konzentration des Umgangs mit Abfällen auf stoffliche Verwertung; Engagement zur Förderung von Forschung in neue Ressourcen schonende Technologien, um den Umwelt- und Naturschutz voranzubringen; Stärkung eines bezahlbaren Vertragsnaturschutzes;

Vorschreiben eines systematischen Energiemanagements für die Landesliegenschaften; finanziell stärkere Unterstützung der Wärmesanie rung aus Mitteln der Kreditanstalt für Wiederaufbau; deutliche Erhöhung der Sanierungsquote des Wohnungsbestandes; deutliche Erhöhung der Anzahl an Solaranlagen; weniger, aber größere Windkraftanlagen; Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien zur Versorgung landeseigener Gebäude; Verpflichtungen des Bezugs von Strom aus erneuerbaren Energien für diese Häuser;

Umwelt- und Naturschutz: Verankerung der Nachhaltigkeit als Leitbild politischen Handelns; Wiederaufnahme des Agenda-21 Prozesses mit seinen vielen lokalen Initiativen; gründliche "Nachhaltigkeitsprüfung" für alle Gesetzesvorhaben und alle vom Land ausgereichten Fördermittel; verantwortlicher Umgang mit Abfall; klare Zuständigkeiten auf Landesebene; Eintreten für eine tatsächliche Kreislaufwirtschaft; Vermeidung muss Vorrang vor Verwertung haben; Verhinderung von Scheinverwertungen; Forcierung von Altlastenerkundung und Sanierung, insbesondere der Giftmüllkippen; privates Verbrennen von Gartenabfall soll nicht →

CDU

SPD

FDP

Grüne

Die Linke

Umwelt, Energie und Lebensqualität (Forts.)

Erhalt beziehungsweise Schaffung eines guten Zustandes der Gewässer; Fortsetzung der erfolgreichen Hochwasserschutzstrategie; Vortreiben des vorbeugenden Hochwasserschutzes mit einer flächendeckenden Gewässerunterhaltung; Fortführung von Hochwasserschutzmaßnahmen wie Deichsanierungen; verstärkte Schaffung von Rückstauf Flächen, Ausweisung von gefährdeten Gebieten; weitere Verbesserung des Zustandes von Grundwasser und Oberflächengewässern; Fortsetzung der umfassenden Altlastensanierung sowie praktischer Vorhaben zum vorsorgenden Bodenschutz;

Verbesserung der Qualität des Grundwassers und des Goethezustands der Oberflächengewässer im Rahmen europäischer Vorgaben; setzen vor allem auf Kooperation mit der Landwirtschaft; modernste Techniken und effizientester Organisationsstrukturen bei der Abwasserbehandlung; Einbeziehung privatwirtschaftliche Unternehmen Ikonen strikte Ablehnung des Wasserentnahmeentgelts.

← mehr erlaubt werden, stattdessen attraktive Angebote für Kleingärtner zur Entsorgung; Förderung dezentraler Abwasserbeseitigung; zentraler Anschluss von kleinen Orten und Ortsteilen an zentrale Kläranlagen nur noch unter engen Bedingungen; intensive Beteiligung von Gemeindevertretern und Bürgern bei der Erstellung und periodischen Überarbeitung der Abwasserbeseitigungskonzepte durch die Abwasserverbände; Ablehnung einer Privatisierung der Aufgaben von Wasserversorgung und Abwasserbehandlung; drastisches Zurückfahren des Flächenverbrauchs; sozial gerechte Bodennutzung, die die Umwelt schützt und die natürlichen Lebensgrundlagen erhält; Neuausrichtung der Wohnungsbauförderung mit Schwerpunkt auf Renovierung und Ausbau; flächendeckende Lärminderungsplanung des Landes und finanzielle Förderung der Umsetzung konkreter Schutzmaßnahmen; übergreifendes, einheitliches Verkehrslärmschutzgesetz, das alle Lärmquellen einschließt; Vorrang der Lärmschutzinteressen der Anwohner beim Fluglärm vor den rein betriebswirtschaftlichen Interessen der Luftverkehrswirtschaft;

CDU

SPD

FDP

Grüne

Die Linke

Umwelt, Energie und Lebensqualität (Forts.)	CDU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke
				<p>Eindämmung der Lichtverschmutzung; gesetzliches Regulativ der öffentlichen Beleuchtung; Stärkung des Naturschutzes; Naturschutzfördergesetz, das den Natur- und Artenschutz unter anderem durch ehrenamtliche Naturschutzhelfer, ein Landesbüro der Naturschutzverbände, verbesserte Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte der Umweltschutzorganisationen und eine schlagkräftige Umweltverwaltung stärkt; vorsorgender ökologischer Hochwasserschutz, der verbindlich in der Landes- und Regionalplanung verankert wird; keine Bebauung von Auen mit Wohn-, Gewerbe- und Industriegebieten, Rückbau vorhandener Bebauungen wo möglich; Flussgebietsmanagement für Elbe und Havel, Stopp für schädliche Bauprojekte wie den Saalekanal; konsequente Umsetzung der europäischen Wasser-Rahmenrichtlinie;</p> <p>Stärkung der Schutzgebiete, Herstellung eines Biotopverbunds; bestehende Schutzgebiete für bedrohte Natur und gefährdeter Arten sichern und neue schaffen; naturschutzfachliche Entwicklung der Flächen des nationalen Naturerbes; konsequente Umsetzung der FFH-Richtlinie; Einsatz für eine "Stiftung Naturerbe Sachsen Anhalt";</p>	

CDU

SPD

FDP

Grüne

Die Linke

Umwelt, Energie und Lebensqualität (Forts.)				<p>Netz von Wildnisflächen als Refugium bedrohter Arten und Biotope; Weiterentwicklung des Tierweegeplans; Waldwirtschaft: naturnahe, arten- und strukturreiche Wälder mit konsequent geschützten Biotopen, Schutz- und Wildnisgebieten; Struktur der Forstverwaltung auf den Prüfstand stellen; Ablehnung des Stadtwaldverkaufs; gegen Schnellwuchsplantagen im Wald; zeitgemäßes Wildtiermanagement;</p>	
--	--	--	--	---	--

	CDU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke
Landwirtschaft, Verbraucherschutz	<p>Unterstützung der Land- und Forstwirte durch Landesanstalt für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau mit Landeszentrum Wald sowie den Ämtern für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten; daneben fachlich fundierte und zukunftsgerichtete Ausbildung des land- und forstwirtschaftlichen Berufsnachwuchses;</p> <p>Gestaltung der Rahmenbedingungen zu Gunsten einer nachhaltigen Entwicklung der landwirtschaftlichen Familienbetriebe und Gemeinschaftsunternehmen;</p> <p>Stärkung der Position der Landwirtschaft gegenüber Handel und Verarbeitung durch geeignete Maßnahmen; spezielles Marketing;</p> <p>Weiterentwicklung der flächengebundenen Tierhaltung;</p> <p>Ablehnung von zusätzlichen nationalen Verschärfungen bei der Umsetzung europäischer Vorschriften;</p> <p>Entwicklung geeigneter Maßnahmen gegen eine Abwanderung gerade junger Menschen aus dem ländlichen Raum;</p> <p>Land- und Forstwirtschaft als aktiver Beitrag zum Umweltschutz;</p> <p>Forstpolitik unter Berücksichtigung nachhaltiger Gesichtspunkte und der Interessen der Waldbesitzer und Waldnutzer; verstärkte Unterstützung der Forstbetriebsgemeinschaften zum Nutzen der Privatwaldeigentümer;</p>	<p>Einsatz für eine vielfältig strukturierte, den Standorten angepasste multifunktionale Landwirtschaft; Übernahme der bisher bundeseigenen BVVG- Flächen in Landes-eigentum;</p> <p>Bildung eines Flächenpools zur Optimierung der Flächeninanspruchnahme; Reduzierung der Versiegelung von Flächen durch ein intelligentes Flächenmanagement; Erschließung von Industriebrachen und innerstädtischen Gewerbeflächen für Unternehmensansiedlungen;</p> <p>weitere Förderung des ökologischen Landbaus, aber Ablehnungen von überdimensionierten Tiermastanlagen;</p> <p>weiterer Ausbau des Marketings für landwirtschaftliche Produkte und Erzeugnisse der Ernährungswirtschaft; Unterstützung für das europäische Agrarmodell einer flächendeckend wirtschaftenden und multifunktional ausgerichteten Landwirtschaft;</p> <p>grundsätzliche Ablehnung des Verkaufs von Landeswald; Weiterentwicklung des Landeszentrums Wald zu einem gemeinsamen Kompetenzzentrum als Anstalt öffentlichen Rechts; Zusammenführung des Landeszentrums Wald mit dem Landesforstbetrieb;</p>	<p>Rahmenbedingungen der Agrarpolitik so gestalten, dass landwirtschaftliche Unternehmen den überwiegenden Teil ihrer Erlöse auf dem freien Markt erwirtschaften; Verstärkung von Anstrengungen, Veredlungsketten im eigenen Land aufzubauen, um die Wertschöpfung zu erhöhen und neue Arbeitsplätze zu schaffen;</p> <p>Eigenverantwortung und drastischer Bürokratieabbau;</p> <p>Unterstützung der Kulturlandschaft des Terrassenbaus an Saale und Unstrut;</p> <p>Forstpolitik: Gewährleistung einer optimalen Bewirtschaftung durch eigenständige, staatlich unabhängige und frei auf dem Markt agierende Forstbetriebsgemeinschaften vor allem für den Privatwald und dessen Eigentümer;</p>	<p>Für eine Landwirtschaft, die die natürlichen Ressourcen schützt, die Fruchtbarkeit der Böden erhält, Gewässer nicht belastet, die Biodiversität steigert und dabei eine Vielzahl hochwertiger Naturprodukte und Nahrungsmittel liefert und somit weder in der Lage ist, neue Arbeitsplätze auf dem Lande zu schaffen;</p> <p>Stärkung der Marktmacht der landwirtschaftlichen Unternehmen;</p> <p>Zahlung von Agrarbeihilfen nur noch, wenn die Landwirtschaft Mindeststandards des Natur-, Umwelt-, Klima- und Tierschutzes einhält;</p> <p>Erhalt der Agro-Biodiversität; entschiedenes Engagement gegen Massentierhaltungsanlagen; völliger Verzicht auf Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen; Beteiligung an freiwilligen gentechnikfreien Regionen; bis dahin 800 m Mindestabstand zwischen Anbau genetisch veränderter Organismen und Naturschutzgebieten;</p> <p>deutlich stärkerer Anteil von Bioenergien;</p> <p>Garantie einer grundsätzlich artgemäßen Tierhaltung; Ablehnung jeder Form von tierquälerischer Massentierhaltung; Kennzeichnung der Haltungform auch bei verarbeiteten Lebensmitteln; erhebliche Verkürzung der Dauer der Tiertransporte;</p>	<p>Förderung von Anbau, Verarbeitung und regionaler Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse für die Ernährungswirtschaft mit besonderer Priorität; Stärkung der Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft auf der Grundlage regionaler Wirtschafts- und Stoffkreisläufe sowie einer ökologisch und bedarfsgerecht ausgerichteten Produktion; zielgerichtete Nutzung für die Schaffung weiterer Arbeitsplätze im ländlichen Raum;</p> <p>Stärkung der Stellung der Landwirte am Markt; gezielter Ausbau der Förderung regionaler Verarbeitungs- und Vermarktungsstandorte; Überprüfung der Genehmigungsverfahren hinsichtlich zugelassener Betriebsgrößen und Auswirkungen auf die lokalen Unternehmen; Stärkung der Direktvermarktung in der Land-, Forst und Nahrungsgüterwirtschaft unter Beachtung einer standortgerechten Produktion, der Förderung von Kooperationen und der Zusammenarbeit der Direktvermarkter vor Ort;</p> <p>Förderung des Anbaus und der regionalen Verarbeitung von nachwachsenden Rohstoffen und Energieträgern sowie von Abprodukten;</p> <p>soziale und ökologische Landwirtschaft; Mindestlöhne für Bäuerinnen und Bauern;</p>

	CDU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke
Landwirtschaft, Verbraucherschutz (Forts.)	<p>Weitere Förderung des Anbaus nachwachsende Rohstoffe, verstärkte Nutzung von Potenzialen aus dem Bereich der erneuerbaren Energien; abgestimmtes, ganzheitliches Flächenmanagementsystem unter Einbindung der Landesgesellschaft Sachsen-Anhalt, um zukünftig Bau-, Ausgleichs und Ersatzmaßnahmen noch effizienter aufeinander abzustimmen; Übernahme privatisierter BVVG-Flächen durch das Land;</p> <p>Bekanntnis zu einem starken Verbraucherschutz, der allen Bürgerinnen und Bürgern zugute kommt; Bündelung der Zuständigkeiten in einem Ressort;</p>	<p>Stärkung des Verbraucherschutzes; mehr Sicherheit für die Verbraucher bei Produkten, Verträgen und Dienstleistungen; Stärkung der Rechte der Verbraucher als Kunden, Patienten und Anleger; angemessene finanzielle Unterstützung der notwendigen Strukturen der Verbraucherberatung, insbesondere bei den Verbraucherzentralen; "Finanz-TÜV" zur Schaffung von mehr Transparenz zum Schutz von Kleinanlegern; Erhaltung von Angeboten der Schuldnerberatung;</p>	<p>Voranreiben eines weiteren Ausbaus des Verbraucherschutzes; ausreichende qualifizierte, personelle und materielle Ausstattung der staatlichen Untersuchungs- und Vollzugseinrichtungen; Bündelung der Kapazitäten zur Untersuchung industrieller und landwirtschaftlicher Produkte in einem Landesamt; Verstärkung der länderübergreifenden Kooperation zur Durchführung von zunehmend spezielleren Untersuchungen, Qualifizierung des Verbraucherschutzes vor Ort durch die Kommunen durch ständige Weiterbildung und mittels kreisübergreifender Vereinbarungen; Bündelung des Verbraucherschutzes in einer Institution, wozu ebenso die Finanzaufsicht gehört; Stärkung der Verbraucherzentralen als nichtstaatliche, jedoch staatlich geförderte Einrichtungen; Sicherstellung der Wahlfreiheit der Verbraucher über eine ausreichende und ehrliche Positivkennzeichnung gentechnisch veränderter Produkte oder Zutaten.</p>	<p>Konzentration der Landesprogramme auf Maßnahmen zur Verbesserung des Stoffhaushaltes, zum Klimaschutz und zur generellen Erhöhung der biologischen Vielfalt auf landwirtschaftlich genutzten Flächen; Ausrichtung der Förderprogramme des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes stärker als bisher auf die Erhaltung und Entwicklung des Netzwerks Natura 2000 und zur Erfüllung der Anforderungen aus der Wasserrahmenrichtlinie;</p> <p>Verbraucherschutz: mehr Transparenz auf allen Ebenen, Stärkung der Verbraucherkompetenz; klare und leicht verständliche Lebensmittelkennzeichnung, Ampelkennzeichnung; Werbeverbot an Schulen für bevorzugt von Kindern konsumierte Lebensmittel; bessere Kontrolle der Umsetzung bestehender Vorschriften, bessere finanzielle Ausstattung der Verbraucherzentrale; Kofinanzierung von Bundesprojekten in den Bereichen Energie, Klima und wirtschaftlicher Verbraucherschutz durch das Land; Gewährleistung umfassender Beratung auch im ländlichen Raum durch Umwandlung einiger Stützpunkte der Verbraucherzentrale in reguläre Beratungsstellen;</p>	<p>Unterstützung von Initiativen für gentechnikfreie Regionen, Stärkung des Rechts auf nationaler Anbauverbote in der EU; Bildung eines Landes Kompetenzzentrums für ländliche Räume;</p> <p><u>Verbraucher:</u> Stärkere Verankerung des Verbraucherschutzes im öffentlichen Bewusstsein, nachhaltige Stärkung der Verbraucherrechte; umfassendes Recht auf Information und Transparenz, kontinuierliche Anpassung des Verbraucherschutzes an die technische und wirtschaftliche Entwicklung; Neue Kennzeichnungs- und Nachweispflichten der Unternehmen, Ausweitung der Produzentenhaftung, Verbesserung des Geschädigtenschutzes; Bündelung des Verbraucherschutzes im Ministerium für Gesundheit und Soziales als Kompetenzzentrum und zentraler Ansprechpartner für Fragen des Verbraucherschutzes; nachhaltige Förderung der Initiativen und Organisationen des Verbraucherschutzes in den Landkreisen und kreisfreien Städten, Unterstützung der Bildung regionaler Netzwerke des Verbraucherschutzes;</p>